

And. Springer Verlag AG, Postf. 10 08 84, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Werbung: Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 504-1 / Anzeigenabteilung Köln (02 26) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 567-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Vertriebsstellen

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p.
Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 25,00 Lit. Niederlande 2,20 fl.
Norwegen 8,50 skr. Österreich 14 s. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr.
Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Ptas. Kanarische Inseln 185 Ptas. Türkei 750 TL

POLITIK

Nahost: Aufsehen haben in Paris die Äußerungen des französischen Premierministers Chirac (Foto) ausgelöst, der sich gegen die Bildung eines palästinensischen Staates ausgesprochen. Damit steht er im Widerspruch zu Präsident Mitterrand, der dies als eine Möglichkeit zur Lösung des Nahost-Problems ansieht.



Öffnung: Israel erwartet von den heute beginnenden Gesprächen mit der UdSSR in Helsinki eine Öffnung in den Beziehungen zwischen beiden Ländern, sagte Ministerpräsident Peres. Das Treffen beider Staaten ist das erste seit dem Krieg von 1967. Die UdSSR hatte damals die Beziehungen abgebrochen. (S. 5)

B-Waffen: Das US-Verteidigungsministerium hat der UdSSR ein Verbot biologischer Waffen vorgeworfen. Die UdSSR verfüge über B-Waffen-Bestände, setze diese in Afghanistan ein und versorge ihre Verbündeten in Südostasien damit.

Angola: Der schwarze Bürgerrechtskämpfer und ehemalige US-Präsidentenassistent Jesse Jackson ist am Wochenende in Angola eingetroffen. Jackson folgte einer Einladung der regierenden Partei MPLA. Jackson traf mit Präsident Jose Eduardo dos Santos zusammen.

Tschernobyl: Die Sowjetunion bleibt in ihrem Abschlussbericht über die Ursachen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl bei ihrer Darstellung, wonach der Unfall auf menschliches und nicht auf technisches Versagen zurückzuführen sei. In dem Papier wird das Schmelzen des Reaktorkerns bestritten. (S. 6)

Forschungsköoperation: Bundesforschungsminister Riesenhuber ist am Samstag zu einem zehntägigen Arbeitsbesuch nach Brasilien geflogen. Hauptgesprächsthemen werden die deutsch-brasilianischen Forschungsköoperationen sein.

Unterstützung: Die EG hat 2,5 Millionen Ecu (etwa 5,2 Millionen Mark) für die rund 1,2 Millionen Flüchtlinge in Äthiopien zur Verfügung gestellt. Mit dem Geld sollen Lebensmittel und Medikamente finanziert werden.

Asyl: Die Anerkennung als Asylantrag ist für eine aus Sri Lanka stammende Tamilin vom Verwaltungsgericht Ansbach aufgehoben worden. Begründet wurde das Urteil damit, daß aus den Bürgerkriegsverhältnissen auf Ceylon kein Asylanspruch aus dem Grundgesetz hergeleitet werden könne. (Az.: AN 5 K 85 C.1953)

Abgeschossen: In der süd-sudanesischen Stadt Malkai ist ein Verkehrsflugzeug mit 60 Passagieren an Bord von Rebellen abgeschossen worden. Nach Aussagen eines Rettungsschiffes gab es keine Überlebenden. Bei dem Flugzeug soll es sich um eine Maschine der Sudan Airways handeln.

Raketentest: Die Sowjetunion baut derzeit nahe ihrer westlichen Grenze zwei enorme Radarsysteme für die Raketabwehr, berichtet das Wall Street Journal unter Berufung auf US-Sicherheitskräfte. Die Radaranlagen sollen den Atlantik und das Mittelmeer abdecken, heißt es.

WIRTSCHAFT

Steuerreform: Möglichst schnell sollte eine „echte Steuerreform“ in Angriff genommen werden, meint der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsvereins, Wolf von Amerongen. Schon ein „Inausschütten“ genüge, um den Druck der USA auf Zinsenkürzungen in der Bundesrepublik abzuwehren. (S. 7)

Platz vier: Unter den Industriestaaten liegt die Bundesrepublik Deutschland gemessen an ihrer Konkurrenz hinter Japan, den USA und der Schweiz auf Platz vier. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Genfer Weltwirtschaftsforums (EMF) zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit. (S. 8)

KULTUR

Malland: Der polnische Maler, Regisseur und Gründer des Theaters „Cricot“ in Krakau, Tadeusz Kantor, hat einen Monat lang für Absolventen der Mallander Theaterschule eine „Elementarschule des Theaters“ aufgemacht. Jetzt stellte er das Resultat vor, die von seinen Schülern erdachte „Hochzeit“. (S. 13)

Salzburg: Im Salzburger Festspielhaus wurde Pendereckis neue Oper „Die schwarze Maske“ nach Gerhart Hauptmann uraufgeführt. Die alten Penderecki-Inszenierungen von Lust und Tod, von Barock und Hysterie wurden in diesem vom Publikum gefeierten Stück wieder lebendig. (S. 13)

SPORT

Schach: Titelverteidiger Kasparow (Foto) hat zu seinem „abenteurlichen Stil“ - so WELT-Kommentator Luděk Pachmann - zurückgefunden. Mit ihm bestieg er Karpow in der achten WM-Partie von London. (S. 11)

Motorsport: Titelverteidiger Alain Prost (Frankreich) gewann vor dem Italiener Michele Alboreto den Großen Preis von Österreich. Der Münchner Christian Danner kam auf Platz sechs. (S. 11)

Leichtathletik: Jordanka Donkova (Bulgarien) verbesserte den Weltrekord über 100-m-Hürden beim Sportfest in Köln innerhalb von 10 Minuten zweimal. Im Vor-

lauf verbesserte sie sich um zwei Hundertstelskunden. Im Endlauf schaffte sie 12,28. (S. 11)



AUS ALLER WELT

Alkoholfrei: Am Wochenende starben bei Alkoholfällen auf den Straßen genauso viele Menschen wie am Freitag. (S. 14)



Satellit: Die unverglichenen Trümmern des außer Kontrolle geratenen sowjetischen Satelliten „Kosmos 1767“ sind am Samstagabend in den indischen Ozean gestürzt. Bei dem Flugobjekt handelte es sich nach amerikanischen Erkenntnissen um einen Fotoaufklärungs-Satelliten, der am 30. Juli mittels einer Trägerkassette des neuen Typs SL-X-16 gestartet worden war.

Leserbriefe und Personalien
Fernsehen
Pankraz:
Wetter: Im Süden Gewitter

Seite 6
Seite 12
Seite 13
Seite 14

Reagans Raumfahrt-Pläne
geben der „Ariane“ Auftrieb

Europäer hoffen auf Boom im Satelliten-Geschäft / Ersatz für „Challenger“

with/DW, Washington
Die Entscheidung von US-Präsident Ronald Reagan, die abgestürzte „Challenger“-Raumfähre durch einen neuen Raumtransporter zum Preis von 2,8 Milliarden Dollar zu ersetzen und zugleich den Start kommerzieller Satelliten künftig der Privatindustrie zu überlassen, ist in der amerikanischen Raumfahrtindustrie und im amerikanischen Kongress mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Erste Reaktionen in Europa auf den Beschluss zeigen dagegen große Zuversicht. Nach Ansicht der Unternehmensleitung des deutschen Raumfahrtkonzerns MBB-ERNO, der am Bau der europäischen Trägerkassette „Ariane“ beteiligt ist, könnte sich aus dem amerikanischen Beschluss ein Auftrags-Boom für die „Ariane“ ergeben.

In den USA bezeichnet man den Entschluss der Reagan-Administration als ein nachträgliches Eingeständnis dafür, daß die Entscheidung früherer Administrationen, der Nasa und ihrem Shuttle-Programm bei der Erschließung sowie der industriellen und militärischen Nutzung des Weltraums eine Monopolstellung einzuräumen, eine schwere Fehlkalkulation war.

„Ein Volk vor derselben Geschichte“
Bundespräsident zieht Lehren für die Deutschen aus Wirken Friedrichs des Großen

hbk, Berlin
Als „eine der staunenswerten, überragenden Gestalten der deutschen Geschichte“ hat Bundespräsident von Weizsäcker Friedrich den Großen in einem Festakt im Schloß Charlottenburg gewürdigt. Er bedauerte, daß die Deutschen den 200. Todestag des Alten Fritz am 17. August „nicht gemeinsam dort begehen können, wo er gestorben ist, in Sanssouci, sondern getrennt in zwei Staaten“. Dies aber sei „nicht seinem Jahrhundert, sondern unserem eigenen zuzuschreiben“, betonte er und fuhr fort: „Jeder Teil wird seine Lehren daraus ziehen, so gut er kann. Aber wir sind Teile eines Volkes mit einer gemeinsamen Verantwortung vor derselben Geschichte.“

In Gegenwart von Innenminister Zimmermann, der Botschafter der Schutzmächte sowie der Preußen-Prinzen Wilhelm Karl, Oskar und Friedrich Wilhelm sagte er, der Hohenzoller sei seinen Zeitgenossen „ein Rätsel“ geblieben und bleibe es bis heute: „Die einen verherrlichen

ihn als Vorbild eines Herrschers. Andere verdammten ihn als gewissenlosen Zyniker.“ Friedrich sei auf „keinen einheitlichen Begriff“ zu bringen.

Weizsäcker verwies auf Friedrichs Kunst der Politik: „Er wollte immer ein Freund der Russen sein, aber niemals ihr Sklave. Er war der erste, der dieses Grundgebot deutscher Politik erkannte. Manche Nachfolger taten es ihm gleich“, meinte er in An-

SEITEN 2 UND 4:
Weitere Beiträge

spielung auf Bismarck: „Solche, die sich dieser Einsicht verschlossen, haben dem eigenen Land nur Schaden zugefügt.“

Mit großem Weizsäcker habe Friedrich auch die jungen Vereinigten Staaten von Amerika ernst genommen. Er und Benjamin Franklin hätten „erstmalig Menschenrechte in unserem heutigen Sinn zum Bestandteil völkerrechtlicher Abmachungen gemacht“. Damit erinnerte von Weizsäcker an den Freundschafts- und

Handelsvertrag von 1785. Die Deutschen hätten bitter genug erfahren, daß Pflichtgedanke und Staatsdienst für verwerfliche und zerstörerische Ziele mißbraucht werden können. Diese Erkenntnisse schlugen jedoch „oft in ein anderes schädliches Extrem“ um - nämlich in die Verneinung jeglicher Pflicht gegenüber dem Staat überhaupt.“

Abweichend von seinem Manuskript schob von Weizsäcker den Satz ein: „Ein wenig von Preußens Friedrich wäre doch auch heute nicht so schlecht.“ Weizsäcker schloß mit dem Widerspruch zwischen dem König: „Friedrich hat uns ein unsentimentales, charakterstarkes, reformorientiertes Gemeinwesen hinterlassen. Kein Volk ist reich an vergleichbaren Persönlichkeiten, deren Maßstäbe weit über ihre Lebenszeiten fortwirken.“ Dies sei Erbe der Deutschen, „wobei aber auch das Recht, das Alten Fritz 200 Jahre nach seinem Tod ohne Scheu mit Verehrung zu gedenken.“

Koalition wirbt bei Asylrecht um SPD

Kohl: Wir sind kein Einwanderungsland / Nach der Wahl Grundgesetz-Änderung

DIETHART GOOS, Bonn
Bundeskanzler Helmut Kohl und Innenminister Friedrich Zimmermann erwarten von der SPD die Einsicht, daß nach der Bundestagswahl der Grundgesetzartikel 16 über die Asylgewährung geändert werden muß. Beide Unionspolitiker erklärten gestern übereinstimmend, nur so könne das Recht auf politisches Asyl gesichert und der immer größeren Flut von Scheinasylanten wirkungsvoll begegnet werden.

In der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven“ sagte der Kanzler: „Ich setze darauf, daß wir diese Frage außerhalb der eigentlichen parteipolitischen Kontroverse behandeln. Es gibt doch kein sozialdemokratisches und kein christlich-demokratisches Asylrecht.“ Wichtig sei eine sachgerechte Entscheidung. Das Problem sei dringend. Es müsse jetzt Abhilfe geschaffen werden. „Wir sind kein Einwanderungsland. Ich sage das noch einmal, und wir wollen es auch nicht werden.“

Bundesinnenminister Zimmer-

mann erwartet neben dem Umdenken der Sozialdemokraten, daß auch die FDP ihre bisherige Linie gegen eine Grundgesetzänderung aufgeben wird. In einem WELT-Gespräch erinnerte der CSU-Politiker gestern daran, daß die SPD nach anfänglichem Widerstand schließlich auch die Volkszählung unterstützt habe. „Das

dringende Thema Asyl geht alle an, nicht nur die Bundesregierung und die Koalition.“ Zimmermann hat am Wochenende in Berlin anläßlich der Feierlichkeiten zum 200. Todestag von Friedrich dem Großen mit dem Regierenden Bürgermeister Diepgen das für den 25. September in Bonn geplante Treffen des Kanzlers mit den Länderchefs zum Thema Asyl vorbereitet. An den Beratungen würden Außenminister Genscher, Justizminister Engelhard, Arbeitsminister Blum und er selber teilnehmen. Wegen der sich „drama-

SEITE 6:
Weitere Beiträge

Wenn schon im August die Blätter fallen

D. GURATZSCH, Frankfurt
Mit neuen Hubschraubern über den Zustand der Wälder haben sich Forstexperten zu Beginn der bundesweiten Waldschadenserhebung 1986 an die Öffentlichkeit gewandt.

Danach hat sich das Waldsterben offenbar weiter ausgebreitet und beschleunigt. An dieser Entwicklung scheint auch die lange Trockenheit dieses Sommers schuld zu sein, die den Pflanzen in Wald und Flur zusetzt. Die Erkenntnisse über die Ausbreitung des Waldsterbens dürften auch der Diskussion um die Kernenergie, die den Wald nicht belastet, eine neue Stoßrichtung geben.

Wie der Leiter der hessischen Staatsforstverwaltung, Professor Hans Joachim Fröhlich, dazu erklärte, verstärkt die Trockenheit gerade diejenigen verhängnisvollen Wirkungen, die von den Belastungen des Waldes durch Luftschadstoffe hervorgerufen werden. Das deckt sich mit Beobachtungen des Freiburger Biologen Professor Hans Mohr, der erst kürzlich festgestellt hatte, daß die Wurzelsysteme der Bäume und die mit ihnen verbundenen lebens-

notwendigen Pilzgeflechte durch Schadstoffeinwirkungen geschädigt und die Pflanzen infolgedessen mit Wasser und Nährstoffen unterversorgt würden (WELT v. 5. 8.).

Nach Fröhlich zeigen sich die Auswirkungen der Trockenheit äußerlich daran, daß zahlreiche Bäume in diesem Jahr schon Mitte August gelbe Blätter bekommen und Laub abwerfen. Mit dieser „Notmaßnahme“ wollen die Bäume die Verdunstung reduzieren. Besonders in Buchenbeständen sind Schäden zu befechten. Ein Teil der Bäume wird im nächsten Jahr vermutlich an „Schleimfluß“ erkranken und so geschwächt werden, daß sie absterben.

Ein erheblicher Teil des Buchenwaldes sei an Wassermangel eingegangen. Auch den Birken, besonders in Süddeutschland, mache eine Krankheit zu schaffen, die bisher noch nicht bestimmt werden konnte. Zahlreiche Bäume haben bereits die Blätter abgeworfen. Auch dazu hat Professor Mohr und andere Forstexperten eine Erklärung: Die Bäume würden durch die Schadstoffeinwirkungen und ihre Folgen so ge-

schwächt, daß sie gegen „Sekundärwirkungen“ wie Krankheiten, Parasiten und so weiter erhöht empfindlich seien.

Nach Berichten aus dem niedersächsischen Landwirtschaftsministerium deht sich das Waldsterben mit seinen Symptomen Vergilbung und Entlaubung bereits von den Höhen in die Täler hinein aus. Außer dem Harz seien der Solling und Regionen an der Küste besonders betroffen. Auf einigen Höhen im Harz stehen keine Bäume mehr.

Weder Wiederaufforstung mit kleinen Fichten noch Kalkung der Böden hätten Erfolge gebracht. Zunehmend würden auch ganz junge Bäume erfaßt, die Nadeln vergilben an ihnen nach zwei oder drei Jahren. Außer Fichten erkrankten zunehmend Buchen.

Im baden-württembergischen Umweltministerium spricht man zwar von einer „Abflachung des Krankheitsprozesses auf hohem Niveau“. In diesem Bundesland (WELT v. 31. 7.) dennoch sei ein Stabilisierungsprozeß nicht erkennbar.

DER KOMMENTAR

Flurschaden

DANKWART GURATZSCH

Viele, allzu viele haben das Thema schon wieder verdrängt. Auf den Autobahnen wird wieder so schnell gefahren, als habe es Warnungen vor dem verhängnisvollen Zusammenhang zwischen hohem Schadstoffausstoß und Waldsterben nie gegeben. Niedrige Ölpreise lassen das Energiesparen erlahmen, unverbleites Benzin verkauft sich schlecht.

Aber der Wald sieht weiter. Noch vor Beginn der großen bundesweiten Waldschadenerhebung 1986 wenden sich Forstexperten jetzt mit neuen Alarmschreien an die Öffentlichkeit. Im Norden wie im Süden breitet sich die Seuche aus. Die Instrumente der Umweltsteuerung haben noch nicht gegriffen.

So wirkt die Lässigkeit provozierend, mit der die Umweltdiskussion im Vorfeld des Nürnberger SPD-Parteitag auf den Kernenergie-Ausstieg verengt wird. Sind die markigen Bekenntnisse zur Luftreinhaltung nur ein Intermezzo gewesen, das nach Tschernobyl wieder abgesetzt werden kann? Plötzlich mißt die Hauff-Kommission der SPD ge-

nau wie der grün-hessische Umweltminister Fischer mit seinem „Ausstiegsszenario“ der Luftreinhaltung - und damit den Lebensbedingungen der Menschen - keine vorzügliche Bedeutung mehr bei.

Die politischen Showmaster, die den Einstieg in den Ausstieg proben, nehmen sogar ein neues Hochschnellen der Luftbelastung in Kauf. Warnungen von Klimatologen der ganzen Welt vor einem weiteren Anstieg der Kohlendioxid-Belastung wischt der frühere SPD-Forschungsminister mit einem Achselzucken vom Tisch. Es ist die gleiche Ignoranz, mit der Johannes Rau in Ibbenbüren die größte Stickoxydsechleuder der Welt in Betrieb gesetzt hat.

Die Gefahr für den Wald ist keine fluktuierende und schon längst keine modische, sondern eine meßbare, ständig zunehmende Bedrohung. Das Risiko ist nicht auf einen Unfall begrenzt, sondern greift in die Lebensgrundlagen von Luft, Wasser, Boden, Vegetation unmittelbar ein. Wer davon ablenkt und die Interdependenzen übersieht, stiftet handfesten Flurschaden.

Japan überflügelt erstmals
die amerikanische Wirtschaft

Lob für die Bundesrepublik / Italien ist Schlusslicht

DW, Genf
Japan hat im internationalen Wettbewerb die Führung vor den USA übernommen. Nach einer in Genf von dem Weltwirtschaftsforum vorgelegten Studie folgt in der Rangfolge der in den internationalen Konkurrenz erfolgreichsten Mitgliedsländer der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf Platz drei die Schweiz, gefolgt von der Bundesrepublik.

Weiter heißt es in der auf der Basis von 340 Kriterien alljährlich erstellten Studie, der Erfolg Japans stütze sich vor allem auf die Eindämmung der Inflation, den Anteil der Unternehmensgewinne am Sozialprodukt, die hohe Sparrate, niedrige Finanzierungskosten für die Industrie sowie sehr niedrige Realzinsen. Hinzu komme ein sehr hohes Maß an Flexibilität der japanischen Unternehmen, die sich jeweils rasch den wechselnden Strukturen der Weltwirtschaft anpassen, neue Technologien suchen und erfolgreich einsetzen. Außerdem verfüge Japan über gut ausgebildete Arbeitskräfte.

Ein insgesamt günstiges Bild zeichnet die Studie auch für die USA. Al-

erdings beurteilt die Wirtschaft Perspektiven nicht mehr so zuversichtlich wie noch vor einem Jahr. Die Schweiz sei insbesondere aufgrund des hohen Maßes an sozialer und politischer Stabilität auf dem dritten Rang eingestuft worden, heißt es in der Studie. Die Bundesrepublik Deutschland habe sich unter allen europäischen Ländern aufgrund ihrer fest verankerten und am Markt orientierten Wirtschaft, den veränderten Strukturen am besten angepaßt. Zudem liege die Teuerungsrate bei Null und das Land sei politisch stabil.

Grund zur Sorge um seine internationale Wettbewerbsfähigkeit hat nach der Studie dagegen Großbritannien, das auf Platz 15 unter den OECD-Ländern eingestuft wurde. Die Einstufung Frankreichs auf Platz 16 trage der sich bereits unter der sozialistischen Regierung abzeichnenden günstigen Entwicklung noch nicht voll Rechnung. Die Konkurrenzfähigkeit Italiens sei trotz einer beträchtlichen Verbesserung des konjunkturellen Klimas im vergangenen Jahr die niedrigste unter allen führenden Industrieländern.

Seite 8: Größte Wettbewerbskraft

CDU ändert Motto
für Wahlkampf

DW, Trier
„Wir machen keinen Wahlkampf gegen oder mit der FDP, aber einen Wahlkampf mit der CDU“, kündigte CDU-Generalsekretär Geißler zum Wahlkampfauftritt seiner Partei in Trier an. Wie der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Seiders, der „Rheinland-Zeitung“ (Ostfriesland) sagte, wird die CDU nicht mit dem Motto: „Weiter so, Deutschland“ in den Wahlkampf ziehen. Das Motto sei nur für die Sommerpause gedacht gewesen. Seite 4: Selbstbewußtsein

Keine Kredite
mehr für Peru

DW, Bonn
Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat Peru die Bezugsberechtigung für Fondskredite entzogen. Wie der IWF mitteilte, seien Zahlungen in Höhe von 131,9 Millionen Sonderziehungsrechten (rund 158 Millionen Dollar) überfällig. Zwar waren Anfang der Woche 35 Millionen Dollar überwiesen worden, der Entzug der Bezugsberechtigung - die schärfste Sanktion gegen Mitgliedsländer - sei aber wegen der seit Monaten überfälligen Gesamtückzahlungen erfolgt. Seite 2 und 7: Weitere Beiträge

„Comeback der Religion“,
aber nicht des Christentums

Umfrage des Gallup-Instituts / Suche nach geistiger Tiefe

idea, Princeton
Die Welt erlebt nach Angaben des amerikanischen Meinungsforschers George Gallup gegenwärtig ein „Comeback der Religion“. Dies lasse sich aus den Untersuchungen der letzten Jahre ablesen, gab der Präsident des Gallup-Instituts in Princeton (USA) jetzt in einem Beitrag über den „Status der Christenheit und die Aussichten für ihr Wachstum“ bekannt. Danach geht eine immer weiter verbreitete Suche nach „geistlicher Tiefe“ mit einer zunehmenden Abwendung von antireligiösen oder nicht-religiösen Ideologien einher.

So habe sich der Anteil der religiösen Menschen an der Weltbevölkerung von 72 Prozent im Jahr 1970 auf jetzt 79 Prozent erhöht. Der Anteil „bekenntnender“ Atheisten sei hingegen im gleichen Zeitraum von 13 auf 4,4 Prozent gefallen, obwohl der Atheismus in 30 Staaten offizielle Staatsdoktrin ist. Mehr als 34 Prozent der Weltbevölkerung leben in einer atheistischen Gesellschaftsform. Zu Beginn des Jahrhunderts waren es nur 0,2 Prozent.

Damit sei die Voraussage von Karl Marx widerlegt, daß die Religion allmählich absterben werde. Insgesamt gibt es heute etwa 1,6 Milliarden Christen, 837 Millionen Moslems, 661 Millionen Hindus, 300 Millionen Buddhisten, 457 Millionen Angehörige anderer Religionen, 825 Millionen Nicht-Religiöse und 213 Millionen Atheisten. Das starke Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt in den letzten 50 Jahren hat die nichtchristlichen Religionen schneller wachsen lassen als das Christentum: Den Islam um 335 Prozent, den Hinduismus um 117 Prozent, den Buddhismus um 63 Prozent und die Christenheit um 47 Prozent.

Um die Aussichten für das Christentum ist es nach Gallups Worten besonders im „christlichen Abendland“ schlecht bestellt. Obwohl die meisten Europäer an ein „höheres Wesen“ glauben, sei der Glaube an einen persönlichen Gott, wie ihn die Bibel bezeuge, nicht mehr populär. Europa sei im Bewußtsein weiter Bevölkerungskreise kein „christlicher Kontinent“ mehr.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vogels Einfall

Von Enno v. Loewenstern

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat eine Resolution des Deutschen Bundestages „gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ vorgeschlagen. Sie soll alle Äußerungen von Intoleranz und Feindseligkeit gegenüber Personen oder Personengruppen wegen rassistischer, religiöser, kultureller, nationaler und sozialer Unterschiede verurteilen.

Gegen einen solchen Antrag kann man nur schwer etwas einwenden, obwohl die Intoleranz und Feindseligkeit, die dahinter stehen, offenkundig sind. Sicher gibt es hier Ausländerfeindlichkeit, wie überall in der Welt, und zwar quer durch die Anhängerschaft aller Parteien; aber die meint Vogels Antrag nur in zweiter Linie, falls überhaupt. Der Antrag soll denjenigen eins auswaschen, die Maßnahmen gegen die von Schleppern und von Ost-Berlin organisierte Asylantenflut fordern; sie sollen genötigt werden, sich selbst durch die Blume Fremdenfeindlichkeit zu attestieren. Sollten sie jedoch den Antrag ablehnen, könnte man ihnen nachreden, daß sie damit beweisen hätten, für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu sein.

Man kann in einer solchen Resolution ja nicht eigens vermerken, daß Kritik am Asylmißbrauch noch lange keine Ausländerfeindlichkeit ist, so wenig, wie Kritik an hiesigen Mißständen, etwa in Hans-Jochen Vogels Partei, „Inländerfeindlichkeit“ ist. Aber es gibt in der Union keine quasi partei-antiauch Ausländerfeindlichkeit wie auf jener Parteiseite, deren anti-amerikanische Ausbrüche man als besonders abstoßende Beispiele im Bundestag erwähnen sollte. Und so traurig es ist, es gibt tatsächlich Inländerfeindlichkeit und Intoleranz gegenüber Bevölkerungsgruppen, insbesondere Flüchtlingen.

Die deutschen Vertriebenen werden in oftmals übelster Art beschimpft. Und wenn gar Deutsche durch die Mauer wollen, die sich so leicht für Palästinenser oder Iraner öffnet, dann sind bestimmte Leute oft bereit, sie als „Wirtschaftsflüchtlinge“ zu verdächtigen. Überhaupt „Wirtschaftsflüchtlinge“ – es gibt viele Menschen in unserem Land, die aus kulturellen oder sozialen Gründen attackiert werden. Vielleicht könnte man Vogels Antrag erweitern und jede Art von Intoleranz verurteilen. Er wird doch nichts dagegen haben.

Und eine Portion Stolz

Von Diethart Goos

Heute in hundertsechzig Tagen wird der neue Bundestag gewählt. Der Wettbewerb um die Füllung des Sommerlochs ist in vollem Gange, organisatorisch allerdings herrscht bei manchen noch Ferienstille. Die Liberalen zeigen sich eher lethargisch; die SPD startete gebannt auf den in einer Woche beginnenden Nürnberger Parteitag und läßt ihren Kanzlerkandidaten bei allem Sommersonnenschein immer stärker in den Regen innerparteilicher Kritik geraten. Und die CDU, die sich bei früheren Wahlen nur zu leicht vom Gegner Themen und Kampagnen aufzwingen ließ? Sie hat immerhin einiges aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt, wie jüngst noch in Niedersachsen, wo das Kernenergie Thema zunächst völlig unterschätzt wurde.

Generalsekretär Heiner Geißler und Bundesgeschäftsführer Peter Radunski konnten am Samstag auf der ersten einer Serie von Regionalkonferenzen am Samstag in Trier etwa tausend Mandatsträgern des Südwestens die verschiedenen Stadien der Kampagne bis hin zu jenem vierten Sonntag im Januar nächsten Jahres vorführen.

Nicht nur Erblasten aus sozialliberaler Zeit müssen Themen liefern. Leistungsbereitschaft, Zukunftsvorsicht und auch eine Portion Stolz sollen den Wählern vermitteln, daß sie bei der CDU am besten aufgehoben sind. Geißlers Formel „Die Deutschen sind ein großartiges Volk, wenn sie die richtige Führung haben“ wurde mit tosendem Beifall akzeptiert.

Das alles nimmt keineswegs das Ergebnis vorweg. Parteimanager wissen, wie schwer es ist, Abnutzung in den Monaten vor der Wahl mit ihren oft unvorhersehbaren Zwischenfällen zu vermeiden. Und ob der Finanzminister Geißlers Ankündigungen finanzieller Geschenke mittragen wird, etwa bei den Steuern und dem Kindergeld für Zeiten nach der Wahl, ist längst nicht entschieden. Immerhin können sich auch erfahrene Strategen im Konrad-Adenauer-Haus nicht daran erinnern, wann je eine so deutlich spürbare Motivation in der Mitgliedschaft zu einem so frühen Zeitpunkt zustandekam. Und das ist für die bürgerliche Seite der Politik, die sich einst jahrelang unter der „Schweigespirale“ duckte, ganz beachtlich.

Garcia isoliert Peru

Von Günter Friedländer

Mehr als ein Jahr, nachdem Alan Garcia bei der Übernahme der Regierung Perus ankündete, er werde den Zinsendienst der Auslandsschuld – 13 bis 14 Milliarden Dollar – auf zehn Prozent des peruanischen Exporteinkommens beschränken, ließ er den Worten die Tat folgen. Peru war 1983 4 Millionen Dollar für Anleihen des Internationalen Währungsfonds (IWF) aus den Jahren 1983-1984 schuldig geblieben, zahlte aber am 15. August, dem Fälligkeitstag, nur 35 Millionen.

Perus Regierung begründet diesen Beschluß mit den schlechten Preisen seiner Exportgüter auf dem Weltmarkt. Der IWF läßt das nicht gelten, weil Peru Regierung über eine Devisenreserve von 1,2 Milliarden Dollar verfügt, also die volle Zahlung der fälligen Schuld leisten konnte. Der IWF erklärte, daß Peru keinen Zugang mehr zu Anleihen des IWF hat. Das bedeutet automatisch, keinen Zugang zu Anleihen internationaler Institutionen wie die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank mehr zu haben.

Damit hat Garcia sein Land von fast allen neuen Krediten abgeschnitten. In dieser Lage befinden sich nur Guyana, Liberia, Sudan, Vietnam und Kambodscha. Diese Gesellschaft hat Garcia sich nicht bei seinem Amtsantritt erträumt, als er unter damals umlaufenden Drohungen eines Kartells der lateinamerikanischen Schuldnerländer – deren Führung übernehmen wollte, um ihre Rückzahlungen in ein Verhältnis nicht zu ihren Schulden, sondern zu ihren Einnahmen zu setzen.

In diesem Jahr haben die wirklichen Großschuldner jedoch gelernt, mit dem IWF zu leben. Mexiko hat soeben abermals mehr als 100 Milliarden Dollar umgeschuldet. Argentinien hat mit dem Sanierungsplan „Austral“, Brasilien mit glänzenden Exportergebnissen neues internationales Vertrauen gewinnen können. Außer Peru versucht nur Venezuela, dem IWF Bedingungen aufzuzwingen, aber hier geht es im Gegensatz zu Peru nicht um Zahlungswilligkeit, sondern nur um Zahlungsfristen. Garcia wollte David gegen Goliath spielen und mit Parolen vom Schläge „Brechung der Zinsknechtschaft“ nationale Gefühle mobilisieren. Peru hat die Folgen zu tragen – bis er sich eines besseren besinnt.



„Alles vergeben und vergessen, Frau Premierminister, und ich hoffe, Sie haben Ihre Finger-Operation gut überstanden!“

Politik der Selbstlähmung

Von Fritz Wirth

In amerikanischen Repräsentantenhaus war in den letzten Tagen ein erstaunliches und verwirrendes Schauspiel zu besichtigen. Da inszenierten vor allem Abgeordnete der Demokratischen Partei ein verheerendes politisches Schlachtfeld – zu einem Zeitpunkt, da amerikanische Unterhändler in Moskau mit Pölkern eine günstige Ausgangsposition für die Rüstungskontrollgespräche Ronald Reagans mit Michail Gorbatschow in diesem Winter verhandeln.

Die Sowjets trauten ihren Augen nicht. Da fuhr ihnen das Repräsentantenhaus kostenlos eine Abrüstungspolitische Ernte ins Haus, die man Reagan eigentlich erst bei diesem Gipfeltreffen, und zwar für den Preis unangenehmer Konzessionen, abzurufen hoffte.

„Diese Entscheidungen des Repräsentantenhauses binden unsere Hände bei künftigen Verhandlungen“, klagte Verteidigungsminister Weinberger. Ronald Reagan sprach gestern in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache von „einem rücksichtslosen Anschlag auf die nationale Verteidigung der USA“ und drohte an, diesen Anschlag durch ein Veto zu stoppen. Einige republikanische Abgeordnete glaubten die Champagnerkorken im Kreml knallen zu hören. In der Tat bestätigte sich eine alte Verhandlungserfahrung für die Sowjets: Im Umgang mit den komplizierten Entscheidungsstrukturen westlicher Demokratien gibt es am Ende immer genug Helfer, die freiwillig oder ungewollt-naiv, wichtige Hilfsdienste leisten.

Beispielsweise in der Frage eines nuklearen Testverbotes. Seit Monaten versucht Gorbatschow mit Drohungen, Ködern und einem massiven Propaganda-Aufwand die USA zur Einstellung ihrer Tests zu bewegen. Ronald Reagan sagte dazu bisher beharrlich nein. Nicht nur, weil er ein Testverbot gegenüber den Sowjets aufzuheben hat, sondern weil er sich diese Karte von Gorbatschow nicht vor dem Gipfeltreffen aus der Hand nehmen lassen wollte. Nun tat es sein eigenes Repräsentantenhaus.

Zu einem ähnlichen Schlag ins eigene Knie wurde die Entscheidung des Repräsentantenhauses, die von Reagan geplante Wiederaufnahme der Produktion von chemischen Waffen vorläufig zu stoppen. Die Reagan-Administration

will ein weltweites Verbot aller chemischen Waffen. Das sechzehnjährige Produktionsmoratorium der USA hat jedoch die Sowjetunion bisher nicht veranlaßt, auf diesen Kurs einzuschwenken. Wenn die USA nun die Wiederaufnahme dieser Produktion beschließen haben, dann nicht nur, weil es wegen der sowjetischen Überproduktion an chemischen Waffen und zur Abschreckung zwingend war, sondern weil man in Washington hoffte, daß die Produktionsaufnahme dieser Waffen ein wirksamer Verhandlungsschritt sei. Die Sowjets zu einem Produktionsstopp zu bewegen, als es bisher Amerikas Produktionsmoratorium war. Das Repräsentantenhaus nahm Reagan auch diese Karte aus der Hand.

Ganz zu schweigen von der Kürzung der Repräsentantenhauses am SDI-Etat, den es um 2,2 Milliarden Dollar reduzierte. SDI ist die wichtigste Trumpfkarte Reagans, mit der er die Sowjets vor achtzehn Monaten überhaupt erst wieder an den Verhandlungstisch für Rüstungskontrollen in Genf zurückbrachte. Wenn, wie in Washington vermutet wird, Reagan den Sowjets nun ein SDI-Entscheidungsstopp von sieben Jahren angeboten hat, dann ist es dem Repräsentantenhaus gelungen, daraus eine leere Geste zu machen, denn die Etatsstreichungen würden eine solche Verzögerung bedeuten, daß frühestens in zehn Jahren an eine Verwirklichung dieses Programms gedacht werden kann.

Die Motive der neuen politischen Aggressivität der Demokraten, die nach fast anderthalbjähriger Lähmung über ihre letzte Wahlperiode plötzlich an fast allen Fronten zu beobachten ist, sind naheliegend. Es stehen Kongresswahlen ins Haus. Sie sind die vielleicht letzte Chance der Demokraten in diesem Jahrhundert, die Mehrheit im Senat zurückzugewinnen und damit den gesamten Kongreß zu beherrschen.

Nun ist gegen Aggressivität in Wahlkämpfen nichts einzuwenden – solange sie nicht zu einer Gefahr für die nationale Sicherheit wird. Genau in diesen kritischen Zonen aber bewegen sich die Demokraten seit einigen Wochen mit ihrem Rundumschlag gegen Reagans Verteidigungs- und Verhandlungskonzept. Es gibt jedoch noch bedeutsame Ereignisse nach dieser Wahl. Beispielsweise den Gipfel mit Gorbatschow. Die Gastfreundschaft gegenüber diesem Mann muß nicht so weit gehen, ihm schon jetzt einen Freifahrtsschein zum Erfolg auszuhandeln, gewissermaßen als Trittbrettfahrer auf dem Wahlkreiß der Demokraten.



Kürzungssorgie als Wahlkampfakt: Demokraten-Führer Thomas (Tip) O'Neill FOTO: CAMERA PRESS

Bleibt die Frage nach den Motiven dieses erstaunlichen Kahl-schlags im amerikanischen Verteidigungsgehege, das Reagan und sein Verteidigungsminister Weinberger fünf Jahre lang mit ständig steigenden Verteidigungsetats bisher fast ungestört aufrufen konnten. Es war seit langem klar, daß diese fast ungehemmte Phase der Aufrüstung im Zeichen des drohenden Staatsdefizits zu Ende sein würde und daß die jüngste Etatforderung von 390 Milliarden Dollar den Kongreß nicht ungeschoren passieren würde. Es ist jedoch zweierlei, ein Budget aus notwendigen Spargründen zu reduzieren, oder aber so gezielt Amputationen an diesem Etat vorzunehmen, daß daraus ein Mißtrauensvotum an der Verteidigungspolitik der Reagan-Administration wird.

Genau das aber war beabsichtigt. Den Demokraten ging es nicht so sehr um die Finanzen, es ging ihnen um eine Korrektur der amerikanischen Verteidigungspolitik. Sie wollen Reagan zu einer Revision seiner SALT-Entscheidung von Mai dieses Jahres zwingen, seine Strategie im Umgang mit chemischen Waffen desavouieren und das SDI-Programm auf Eis legen.

Die Motive der neuen politischen Aggressivität der Demokraten, die nach fast anderthalbjähriger Lähmung über ihre letzte Wahlperiode plötzlich an fast allen Fronten zu beobachten ist, sind naheliegend. Es stehen Kongresswahlen ins Haus. Sie sind die vielleicht letzte Chance der Demokraten in diesem Jahrhundert, die Mehrheit im Senat zurückzugewinnen und damit den gesamten Kongreß zu beherrschen.

Nun ist gegen Aggressivität in Wahlkämpfen nichts einzuwenden – solange sie nicht zu einer Gefahr für die nationale Sicherheit wird. Genau in diesen kritischen Zonen aber bewegen sich die Demokraten seit einigen Wochen mit ihrem Rundumschlag gegen Reagans Verteidigungs- und Verhandlungskonzept. Es gibt jedoch noch bedeutsame Ereignisse nach dieser Wahl. Beispielsweise den Gipfel mit Gorbatschow. Die Gastfreundschaft gegenüber diesem Mann muß nicht so weit gehen, ihm schon jetzt einen Freifahrtsschein zum Erfolg auszuhandeln, gewissermaßen als Trittbrettfahrer auf dem Wahlkreiß der Demokraten.

IM GESPRÄCH Eckart van Hooven

Biß haben ist das A und O

Von Uwe Bahnsen

Mit der Nominierung des Bankiers Eckart van Hooven für das Wirtschaftsressort in einem von ihm geführten Senat hat der Herausforderer des Hamburger Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi, CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau, in der Hansestadt faktisch den Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl des 9. November eröffnet. Die nervösen Stellungnahmen der sozialdemokratischen Führung zu diesem Vorgang – wirklich souverän reagierte nur der derzeitige Wirtschaftsminister Volker Lange – zeigen deutlich, wie beunruhigt man im Regierungslager über diesen Senatskandidaten ist.

Verständlich, denn hier betritt ein Mann die politische Bühne, der als Vorstandsmitglied der Deutschen Bank ökonomische Sachkompetenz, ein immenses Vertrauenskapital in der Wirtschaft mit den daraus erwachsenen vorzüglichen Beziehungen, die intime Kenntnis der vielfältigen Probleme in der norddeutschen Region (für die er im Vorstand der Bank bislang zuständig ist) und Kreativität verkörpert – eine Kombination, maßgeschneidert für die Aufgabe, um die sich der sechzigjährige Top-Manager bewirbt.

Das Hauptmotiv für die Entscheidung, zum Abschluß einer überaus erfolgreichen Karriere ein politisches Amt anzustreben, nannte Eckart van Hooven am Freitag den Journalisten: Es geht ihm um Hamburg, die Stadt, in der er geboren und in der er verurzelt ist. Der junge Leutnant, der nach Kriegsende aus amerikanischer Gefangenschaft entlassen worden war, begann zunächst als Journalist beim damaligen Nordwestdeutschen Rundfunk. Peter von Zahn war sein „Ziehvater“. Seit jenen Jahren gehört van Hooven auch zur Hamburger CDU. In der Hansestadt studierte er Rechtswissenschaften, absolvierte die beiden juristischen Staatsprüfungen, promovierte mit einer Dissertation über das Thema „Grundzüge der Grundprobleme des auswärtigen



Bankier in der Politik: Eckart van Hooven FOTO: JUPP DÄRMCHINGER

Dienstes in Skandinavien“ und wäre gern Diplomat geworden. Das ließ sich damals, im Jahr 1955, nicht bewerkstelligen, weil zu viele Juristen in den jungen diplomatischen Dienst der Bundesrepublik drängten, und so bewarb van Hooven sich kurzerhand bei der Norddeutschen Bank, einem Vorläuferinstitut der größten unter den deutschen Großbanken. Van Hooven begann seine Bankkarriere als Filialleiter im Stadteil Barmbek, dessen Bevölkerung soziologisch nicht gerade dem bisherigen Kundenkreis des Instituts entsprach.

„Biß haben, das ist das A und O“ – nach diesem Credo hat van Hooven sich in der Deutschen Bank durchgesetzt, bis er 1972 in den Vorstand berufen wurde. Er hat das ehemals in-dustrieorientierte Institut für das breite Privatpublikum geöffnet (dazu gehörte die Einführung des „Kleinkredits für jedermann“) und war einer der Wegbereiter internationaler Zahlungsmittel wie Eurocheque und Eurocard. Übrigens: als das für Werbung zuständige Vorstandsmittelglied hat van Hooven seiner Bank eine „Leistungs-Identifizierung für die Jugend“ gesichert, Boris Becker.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

ALLGEMEINE

Die Kammer Zeitung überlegt zur Wahl-les-Fraktion:

Die Flüchtlinge aus Sri Lanka flohen ein zweites Mal, diesmal aus der Bundesrepublik nach Kanada. Die elende Reise im Laderaum eines deutschen Frachters kostete jeden von ihnen 5000 Mark. Wovor flohen sie und wohin? Vor politischer Verfolgung in diesem Fall einwandfrei nicht. Die Motive sind jedoch erkennbar und bis zu einem gewissen Grade nachvollziehbar... Opfer ihrer selbst, vor allem aber Opfer von Gullern, Einfühlern und Geschäftsmachern.

Neue Zürcher Zeitung

Die kommunistische Weltanschauung im SDA-Merkel:

Das Meer, das nicht mehr der „See“ der Amerikaner sein kann, wird gegenwärtig von höheren Weilen bewegt, als es in fernem Europa scheint – mag. Antiklimabewegungen, wirtschaftliche Schwierigkeiten angesichts wachsender Bevölkerungen und knapper Ressourcen, strategische Illusionen und Überreste des Kolonialismus kommen zu einem nicht unbeträchtlichen Potential für Krisen und deren Ausmützung zusammen.

RHEINISCHE POST

Die Düsseldorf-Zeitung schreibt zur Weltausstellung:

Eine Reform des Medizinstudiums ist längst überfällig. Wenn dazu die Kraft der Gesundheitspolitik bisher auch nicht ausreichte, so hat man sich

doch zumindest auf die Minimalisierung verständigt, der Approbation als Arzt, also der staatlichen Zulassung zur Berufsausübung, eine einheißel-jährige Phase als „Arzt im Praktikum“ vorzuschalten. Voraussetzung dafür wäre aber zunächst einmal, daß entsprechende Stellen in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen, um die, gemessen am Bedarf, immense Zahl von jährlich 12 000 Hochschulabgänger unterzubringen.

SUNDAY TELEGRAPH

Die Londoner Zeitung meint zu Nord-Irland:

Die öffentliche Meinung in Großbritannien ist immer mehr von dem Verhalten der sogenannten Loyalisten in Nordirland enttäuscht, die die eigene Polizei mit Steinen und mit Benzinbomben bewarfen... Pastor Ian Paisley hat bereits die Furcht der Arbeiterklasse im Jahre 1968 ausgenutzt, und die ersten Bombenanschläge kamen von protestantischen Loyalisten.

ООНПРАВДА

Die sowjetische Parteizeitung greift die Nicaragua-Politik der USA an:

Die Weltöffentlichkeit wertet den Anschlag Washingtons auf die Freiheit und Unabhängigkeit eines souveränen Staates und Mitgliedes der Vereinten Nationen als Verletzung der Normen des internationalen Rechts und der UNO-Charta. Die Mit der Gewalt diplomatie, zu denen gegenwärtig die amerikanische Administration immer öfter greift, werden gerechterweise in der ganzen Welt verurteilt.

Außer Bomben bietet die ETA nun Schlagerhorden auf

Das Baskenproblem als Vorwand der kommunistischen Revolution / Von Rolf Götz

Baskische Sommer 1986. Immer wieder dasselbe schreckliche Bild: Aus fröhlichen Umzügen tanzender, singender Menschen, aus festlichen Gottesdiensten und Feuerwerk, aus Strömen von Wein bricht plötzlich der organisierte Haß hervor. An vielen Orten des Baskenlandes nutzen die Protagonisten des Aufstandes das Jahresfest zu Ehren des Schutzpatrones oder der Stadtheiligen. Hundert oder auch nur ein paar Dutzend jugendlicher Schlager, angeführt von Berufsrevolvern, verändern die bunte Szene in wenigen Minuten in das staubgraue Bild aufgerissener Straßen.

Unter schwarzen Quamwolken brennen Autos, Fensterscheiben von Banken und Geschäften bersten unter Pfistersteinen. Nichts geschieht zufällig. Alles folgt dem Generalplan, die schreiend auseinanderstrebenden Menschen gegen jene aufzuheizen, die jetzt einschreiten müssen: die Polizei. Guardia Civil und Nationalpolizei schlagen jedoch nicht in der Weise zurück, wie es die Organisatoren des Bürgerkrieges wünschen.

In einer für das spanische Temperament bewundernswerten Haltung schlucken die jungen, oft zu jungen Polizeibeamten ihre Empörung herunter. Noch herrscht eine stoische Disziplin im Angesicht immer größerer Ungewißheit.

Denn die Landesregierung der baskischen Nationalpartei PNV, die so gern mit den „bedauerlichen, ja, verdammungswürdigen“ Terroraktionen der ETA argumentiert, um den eigenen separatistischen Ziel Schritt für Schritt näher zu kommen, hat damit den Boden unter den Füßen verloren. Sie ist gespalten und aktionsunfähig. Viele Wähler bleiben, von den Ereignissen völlig verwirrt, den Wahlen vom Juni fern. Entsprechend gewann die „Herri Batasuna“ (Volksvereinigung), der politische Arm der ETA, mit den Stimmen der Unzufriedenen mehr Gewicht.

Diese radikale Minderheit aber dachte nie daran, nach dem Ende des Franco-Regimes mit den Mitteln der Demokratie zu kämpfen. Sie bleibt bei der Revolution. Um-

so schlimmer, daß die baskische Landesregierung ausgerechnet jetzt Kontakte zur ETA aufgenommen hat und Verhandlungen anstrebt, trotz der Erklärung des Madrider Regierungschefs Felipe Gonzalez: „Keine Verhandlungen mit Mördern!“ Obendrein bekam sie eine Abfuhr, ETA-Chef „Txomin“ Irujo lehnte es in den Kontakten ab, an den Grundforderungen der „KAS“ (Koordination Sozialistischer Patrioten) rütteln zu lassen. Ihre Erfüllung hieß, daß sich die demokratische Spanien selbst aufgabe und das Baskenland einem Bürgerkrieg von Basken gegen Basken aussetzte.

Dies sind die Forderungen der ETA und der „Herri Batasuna“. Erstens Generalamnestie für alle 300 Etlas in den Gefängnissen. Die erste Generalamnestie führte aber 1978 nur dazu, daß die monatliche Mordrate der ETA von zwei auf acht stieg.

Zweitens Legalisierung aller Unabhängigkeitsparteien. Drittens Abzug aller staatlichen Ordnungsmächte und der Streitkräfte aus dem Baskenland. Inzwischen ist den Basken zugestanden eigene Polizei bereits auf gut ausgebildete dreieinhalbtausend Mann angewachsen. Aber bis jetzt weigert sich diese Polizei, gegen die ETA vorzugehen.

Schließlich unmittelbare Eingliederung Navarras in das Baskenland – obwohl sich die Bewohner Navarras, die längst ein eigenes Land im Bundesstaat Spanien bilden, zu 70 Prozent gegen einen solchen Anschluß aussprachen.

Wenn jetzt ein spanischer Diplomat aus seiner Erfahrung als Botschafter in Nicaragua (1980-1983) berichtet, daß dort Etlas ausgebildet werden, dann darf man nur hoffen, daß Gonzalez auch hieraus die Konsequenzen zieht und endlich aus der Fehlpolitik der Sozialistischen Internationale Willy Brandts ausschert. Madrid unterstützt nach wie vor die sandinistische Diktatur mit Finanzhilfen.

Andererseits bestätigt das Auf-tauchen der ETA in Südamerika – und übrigens auch in Belgien, Libyen und im Nahen Osten – daß es

in Spanien um zwei verschiedene Tatbestände geht, die getrennt behandelt werden müssen. Da ist zunächst das „historische Baskenproblem“. Ein nationales Problem. Madrid strebt einen Modus vivendi innerhalb des spanischen Staates an. Die kommunistische ETA aber hat sich zu einem internationalen Problem entwickelt; ihr geht es nicht um ein selbständiges, aber demokratisches Baskenland, sondern um einen baskischen kommunistischen Staat als Basis für weitere Subversion in Westeuropa.

Die Regierungen in Madrid und Paris handeln bereits nach dieser Erkenntnis. So unterbrechen sie die Verhandlungen zwischen der verunsicherten Landesregierung der Basken mit der ETA, indem Frankreich den ETA-Chef Irujo nach Afrika abschob. Weitere Etlas wurden an Spanien ausgeliefert. Dies alles ist konsequent und richtig – umso verständlicher aber ist es, daß Gonzalez andere Terroristen aufwertet, indem er der PLO-Vertretung diplomatischen Status zugesteht.

in Spanien um zwei verschiedene Tatbestände geht, die getrennt behandelt werden müssen. Da ist zunächst das „historische Baskenproblem“. Ein nationales Problem. Madrid strebt einen Modus vivendi innerhalb des spanischen Staates an. Die kommunistische ETA aber hat sich zu einem internationalen Problem entwickelt; ihr geht es nicht um ein selbständiges, aber demokratisches Baskenland, sondern um einen baskischen kommunistischen Staat als Basis für weitere Subversion in Westeuropa.

Die Regierungen in Madrid und Paris handeln bereits nach dieser Erkenntnis. So unterbrechen sie die Verhandlungen zwischen der verunsicherten Landesregierung der Basken mit der ETA, indem Frankreich den ETA-Chef Irujo nach Afrika abschob. Weitere Etlas wurden an Spanien ausgeliefert. Dies alles ist konsequent und richtig – umso verständlicher aber ist es, daß Gonzalez andere Terroristen aufwertet, indem er der PLO-Vertretung diplomatischen Status zugesteht.

Friedhelm Ost und die Mimosen der Nation

Regierungssprecher orientieren sich an der Maxime: „Tue Gutes und rede darüber“ – keine politische Sache, wie auch der frühere Amtsinhaber schon erfahren hat.

Von GÜNTHER BADING

Man muß als Regierungssprecher zusehen, daß man möglichst viel in der Nähe des Kanzlers ist. Und zwar, um Entscheidungen mitzubekommen, vor allem aber auch ihre Vorbereitung und Färbung. Es werden ja nicht jeden Tag großartige Beschlüsse gefaßt. Manchmal gibt es dabei einen sehr langen Vorlauf. Aber Journalisten sind gerade interessiert an der Entwicklung, am Zustandekommen von Entscheidungen. Friedhelm Ost zeigt schon mit dem ersten Satz in einem Gespräch über seine Amtsführung als Regierungssprecher, daß er sich die journalistische Mentalität bewahrt hat: An erster Stelle steht für ihn nach wie vor die Recherche – nicht mehr zum eigenen Gebrauch wie früher beim ZDF, als Chef des unter seiner Leitung zum Publikumsrenner gewordenen Wirtschaftsmagazins WISO, sondern heute zur Weitergabe an die Bonner Korrespondenten. Den Kontakt zu Journalisten zu halten, nennt Ost dann in seiner Aufgabenpalette auch an nächster Stelle. „Ich weiß, es gibt natürlich immer wieder einige, die kritisieren, es sei schwierig einen Termin zu bekommen. Allerdings versuche ich, so gut es geht, immer sofort zurückzurufen, wenn Fragen kommen.“

Dritte Aufgabe des Staatssekretärs Ost ist es, das Bundespresse- und Informationsamt mit seinen 720 Mitarbeitern zu führen. Die Dreiteilung stellt für ihn nicht eine Rangordnung der Arbeitsbereiche dar, wohl aber eine zeitliche Einteilung des meist 15stündigen Arbeitstages. Wichtigste Aufgabe war die Mobilisierung und Motivierung der Mitarbeiter in allen Abteilungen.

Auch hier nimmt Friedhelm Ost eine Dreiteilung vor. Da ist zum einen der wichtige Bereich „Auswertung von Nachrichten für die Regierung und das Parlament, aber auch als Hilfe für die Journalisten, denen die täglichen „Kommentarübersichten“ mit Textauszügen etwa aus Rundfunk und Fernsehinterviews eine zuverlässige Quelle für Originalzitate von Politikern geworden sind. Den nächsten Arbeitsbereich nennt Friedhelm Ost den „kreativen“. Hier geht es nach seiner Definition darum, Themen aufzubereiten, die sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik eine Rolle spielen. Und als drittes nennt er die umfassende Tätigkeit des Bundespresse- und Informationsamtes als „Servicebetrieb“. Das beginnt mit der Akkreditierung von Journalisten bei Staats- und Regierungsbesuchen und reicht bis zur Service-Abteilung Fotografie.

Der Praktiker Ost, der aus seiner Zeit als Fernsehjournalist weiß, wie schwer es oft ist, einen der drei Regierungssprecher – den Staatssekretär selber oder einen der beiden Stellvertreter – an das Telefon zu bekommen, hat gleich zu Anfang die Einrichtung des Chefs vom Dienst, die zuvor eher



Friedhelm Ost: Wir machen keine Waschmittelwerbung, wir verbreiten weder Slogans noch Werbesprüche

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

ein kümmerliches Dasein geführt habe, „wiederbelebt“. Soweit sie nicht selber in Kabinettsitzungen wegen anderer Verpflichtungen dabei sein können, gibt der Chef seine Informationen an seine beiden Stellvertreter Norbert Schäfer und Herbert Schmülling weiter, vor allem aber auch an die Chefs vom Dienst.

Wenn ich morgens beim Kanzler drüben war – und meistens findet danach noch eine Runde unter Leitung von Kanzleramtchef Schäuble statt – mache ich jeden Tag hier im Amt eine Informationsrunde, an der die Abteilungsleiter, aber auch der Chef vom Dienst teilnehmen. Dabei wird dieser informiert – von Reiseskizzen des Kanzlers bis zu Stellungnahmen der Bundesregierung zu aktuellen Fragen oder über Hintergrund. Er selber kann aber auch Anfragen, die bei ihm von Journalisten in zwischen aufgelaufen sind, auf den Tisch legen. Und wir überlegen gemeinsam, wo besonderes Informationsbedürfnis auftauchen könnte. Zwar sind beide Stellvertreter, Schäfer und Schmülling, in der morgendlichen Kleinen Lagebesprechung beim Kanzler nicht dabei, wohl aber in der anschließenden Runde bei Kanzleramtsminister Schäuble, ebenso in den Kabinettsitzungen und in der morgendlichen Informationsrunde im Presseamt.

Zum Vorwurf, er betreibe zuviel Propaganda, die Information komme zu kurz, sagt Ost: „Ich glaube, daß ich mich selber doch an die Leitlinien, die für dieses Amt gelten, sehr streng halte; und zwar: daß die Information – die sachliche Information – im Vordergrund steht. Aber als Regierungssprecher habe ich natürlich die Aufgabe, Daten und Fakten einzuordnen in größere Zusammenhänge, wie natürlich auch – wenn man so will – mit einem Kommentar aus Sicht der Regierung zu versehen. Zum anderen ist es richtig, und da mag es gewisse Unterschiede zu manchem Vorgänger geben – gewiß nicht zu allen –, daß ich schon sehr stark deutlich ma-

che: Der Chef dieser Bundesregierung ist der Bundeskanzler. Das möge für viele seiner Kritiker auch der wahre Beweggrund sein, mutmaßt Ost. Man übe Kritik an ihm, meine aber in Wahrheit den Kanzler.

Gar nicht behagen will dem Staatssekretär der Vergleich mit der bezahlten Propaganda, der sprichwörtlichen Waschmittelwerbung. Das treffe für seine Tätigkeit nicht zu. Er verbreite schließlich keine Slogans oder Werbesprüche. Natürlich müsse man das eine oder andere in immer neuen Variationen wiederholen, um es einer breiten Öffentlichkeit bewußt zu machen. Eines aber gesteht er gern ein: „Eine alte Weisheit der Leute, die Beziehungen zur Öffentlichkeit pflegen, lautet: Tue Gutes und rede darüber.“ Und genau das tue er. Aber das sei nun wirklich ein großer Unterschied.

Ost erinnert daran, daß er ja selber lange genug auf der journalistischen Seite gestanden und dort „mit Kritik nicht gespart“ habe. Aber, so wie er damals der Meinung gewesen sei, „Politiker und Unternehmer dürften nicht die Mimosen der Nation sein“, so müsse das auch für die Journalisten selber gelten. Im übrigen verteidige er Journalisten auch oft genug, wenn sie von Politikern wegen mancher Kritik („konstruktiv“ versteht sich, bei destruktiver Kritik gibt es nichts zu verteidigen) intern angegriffen werden. Auf die Frage, wer denn unter den Politikern damit gemeint sei, setzt Ost nur sein gekanntes Bildschirmscheln auf. Es ist bekannt, bedarf keiner Erläuterung, daß der von ihm stets und zu allen Zeiten positiv „verkaufte“ Bundeskanzler zur Kritik an der Kritik neigt.

Vorbilder im Sprecherauftritt? Da antwortet Ost spontan mit dem Namen Felix von Eckardt. Eines aber habe sich seit den Zeiten des Adenauer-Sprechers verändert: Nicht allein der Eintritt ins Zeitalter der elektronischen Medien ist gemeint. „Wir haben es seither sicher auch mit einer gewissen Emanzipation der Presse zu tun. Gott sei Dank, füge ich hinzu.“

Als die Olympischen Glocken läuteten, verstummten die Sieger von 1936

Nach 50 Jahren standen sie wieder an der Stätte ihrer Triumphe: 77 der 115 noch lebenden deutschen Medaillengewinner von 1936 trafen sich in Berlin mit Siegern aus den USA, Korea und Holland.

Von HANS-R. KARUTZ

Als die Busse vor den steinernen Sport-Heroen stoppten, als sich die Weite des Olympia-Stadions von 1936 öffnete und auf der elektronischen Anzeigetafel das Willkommen „Wir grüßen die Medaillengewinner der Olympischen Spiele von 1936“ aufleuchtete, ging ein „Ah“ und „Oh“ durch die kleine Schar: Die Olympioniken von einst, so mancher noch die cremefarbene Original-Mütze der Einmarsch-Kluft vom August 1936 in der Hand drehend, hingen ihren Gedanken nach.

„Als dann plötzlich vom Turm auf dem Maifeld die olympischen Glocken zu läuten begannen, da waren wir alle angeführt und in einer sonderbaren Stimmung“, sagt Bronze-Sieger Fritz Bischoff vom Ammersee. Der 80jährige, im schmucklosen blauen Segler-Zweireiher, und seine Freunde von damals freuten sich „wie die Kinder zu Weihnachten“ (Speerwurf „Goldmädchen“ Tilly Fleischer) über die Einladung von NOK-Präsident Willi Daume.

Aber es lag, bei allem rustikalen Charme der alten olympischen Hauden und damenhaften Könnern auf Aschenbahn und Schwebelbänken, über diesem Wiedersehen nicht die Kaffee- und Kuchen-Stimmung eines Senioren-Ausflugs.

Jeder der 75 Alt-Meister aus der Bundesrepublik und die beiden bejahrten Ex-Athleten aus der „DDR“ arbeitete, jeder auf seine Weise, auch an einem Stück deutscher Geschichte. Willi Daume, der nimmermüde Gastgeber mit vor Anstrengung und Rührung geröteten Augen, mahnte Besinnung an: „Wir dürfen heute nicht gleichgültig bleiben“, sagte er an der geborstenen Olympieglocke mit dem eingegossenen Motto „Ich rufe die Jugend der Welt“.

Zwar seien die Spiele von 1936 – Daume spielte als Student im Basketball-Team mit – ein „unvergesslicher Höhepunkt des Sports“ gewesen, aber „Der Sport war die Wahrheit der Spiele, aber eben nicht die ganze Wahrheit“. Die Nationalsozialisten hätten sich „in der olympischen Idee gesonnt“, aber es blieben die kritischen Fragen derer, die von den Sportlern einen weiteren Blick für die Gesamt-Zusammenhänge von damals fordern: „Wir müssen uns diesen Fragen stellen, denn: Im Herzen der Feigen wohnt nicht die Tugend.“

Kein Auftritt für US-Botschafter Burt

Was an diesen 72 Stunden eines olympischen Klassentreffens, ein halbes Jahrhundert nach den Tagen der Lorbeerzweige und Eichenbäumchen, vermieden werden sollte, ergab sich prompt, obwohl hinter den Kulissen Sport und Politik vernichtet sich abwechselnd, wenn die Gäste auch nichts davon erführen.

Beim Internationalen Studio-Sportfest (ISTAF), am Vorabend der olympischen Medaillenträger-Runde, wollte US-Botschafter Richard Burt – Hobby-Schwimmer und -Gewichthe-

ber – den Sieger eines Jesse-Owens-Memorials aus drei Disziplinen vor 40 000 Berlinern im Olympiastadion ehren. Die „DDR“-Equipe funkte jedoch, ganz ohne Sportsgeist, dazwischen: Die Burt-Zeremonie sei „politische Propaganda und Mißbrauch einer Sportveranstaltung“. Prompt sagten die ISTAF-Chefs – in Sorge, die „DDR“-Athleten würden in Zukunft nicht mehr in West-Berlin starten – die Zeremonie ab. Owens Witwe Ruth, tags zuvor noch Taufpatin eines PanAm-Clippers, trat nicht in Aktion.

Diplomat Burt verließ zornig die Arena. Seinem Landsmann Larry Myricks überreichte Burt den Siegerpokal dann zu halber Nacht bei der ISTAF-Nachfeier im „Intercontinental“, gleichsam ohne Öffentlichkeit. Jesse Owens, vierfach „vergoldeter“ Sonnyboy der Berliner von 1936, wäre betrübt gewesen.

Nun, die „DDR“-Sportführung mochte das Meeting der charmant silberhaarigen, von chinen Enkelinnen oder fürsorglichen Ehegatten begleiteten Olympioniken ohnehin nicht leiden. Die Frankfurter NOK-Organisatoren luden deshalb die fünf heute noch in der „DDR“ lebenden Teilnehmer sehr dezant und privat ein.

Morgens um drei sind wir schon aufgestanden, mit dem ersten Zug nach Berlin. Man muß so früh auf den Beinen sein, weil's im Kontroll-Pavillon immer so voll ist, berichtete ein Gast von drüben. Als Rentner steht ihnen der Westen ohnsein 60 Tage im Jahr offen. Aber niemand wollte Aufhebens machen; man blieb am liebsten anonym.

Die „DDR“, sonst das Olympiafeuer wie ein politisches Götzen-Symbol anbietend, mochte auch die Skuller und Jungs an den olympischen Riemern nicht im eigenen Hoheitsbereich zur Kenntnis nehmen. „Wir waren da nicht gelitten, und es gab auch keinerlei Betreuung, niemand nahm offiziell Notiz von uns, als wir die damalige Regatta-Strecke in Grünau, im Osten der Stadt, besuchten. Wir haben uns, 40 Mann auf drei Kleinbusse

verteilt, als Kegelclub getarnt“, berichtete einer der Ruderer.

Als sie an Bord eines Ost-Berliner Ausflugsdampfers über Müggelsee und Dahme glitten, über „ihr“ olympisches Wasser, überkam es viele: „Es war plötzlich sehr still in unseren Reihen. Jeder mußte erst einmal schlucken. Denn dort drüben hat sich ja überhaupt nichts verändert. Uns war, als könnten wir noch jeden Schliff haben.“

An Bord freuten sich Crew und andere Fahrgäste über die olympische Fracht: „Keine zehn Minuten, und alle auf dem Schiff wußten, daß da die Medaillengewinner von 1936 saßen. Die Leute waren rührend.“

Nach fünfzig Jahren wieder das alte Du

Einem der Gäste mit dem weitesten Anreiseweg ging am Sonntag morgen ein Akt später Wiedergutmachung ans Herz, als Gastgeber Willi Daume am Ende einer kleinen Feiernstunde rief: „Sohn, nun komm mal her!“ Das war nicht grammatikalisch korrekt, sondern korrekt – Sohn Kee Chung, Mühlenbesitzer und Inhaber des Duty-free-Shops auf dem Flughafen Seoul, erhielt nach 50 Jahren eine Gabe aus Griechenland. Die Athener Zeitschrift „Vradini“ hatte 1936 für den Marathonsieger einen hellenischen Helm aus dem 6. Jahrhundert vor Christus gestiftet. Sohn Kee Chung, unter dem japanisierten Namen Kitei Son am Start und siegreich, erfuhr erst Jahre später davon.

Mit asiatischer Geduld kämpfte er um seinen bronzenen Ehrenpreis. Gestern hielt er nun den archaischen Kopfschutz in den Händen. Sohn hatte sich für den großen Augenblick in einen cremefarbenen Seiden-Smoking geworfen und eine schwarze Fliege umgebunden. „Mir ist, als wäre ich zum zweitenmal Olympiasieger geworden“, rief er bewegt.

Berlins Antiken-Museum indes ist

um sein Prunkstück, ausgegraben im Sand von Olympia, ärmer. Sohn Kee Chung vernachlässigt das gute Stück einem südkoreanischen Museum. Das Rauschen der Sieger-Eiche in seinem Garten erinnert ihn ohnedies an die 42,195 Kilometer in Spree-Athen.

Noch einmal nach so vielen Jahrzehnten dem anderen die Hand drücken, zögernd das alte kameradschaftliche „Du“ von damals im olympischen Dorf (heute sowjetische Panzergranadiers-Unterkunft) üben – so kamen sie aus manchen Ecken des Erdballs, ganz privat, in die Stadt: Anita Barwirth, Gold-Gewinnerin mit der Turn-Truppe, flog aus Argentinien herbei.

Ewald Tilker, Silber-Paddler im Zweierkajak über 1000 Meter, bestieg unter dem Licht Kaliforniens in San Francisco den Jet: „Die 1600 Dollar haben mich nicht gereut. Für mich kam die Einladung von NOK wie das Blaue vom Himmel.“ Tilker saß mit den US-Boys unterhalb der olympischen Flammenschale im Stadion, als Jesse Owens zu einem seiner vier Siege fegte: „Als er von der Siegerehrung zurückkam, sprach ich ihn an: „You are a great sportsman.“ Er strahlte. Es war ein Fest der Freundschaft, wir alle verstanden uns wunderbar“, besinnt sich der 75jährige.

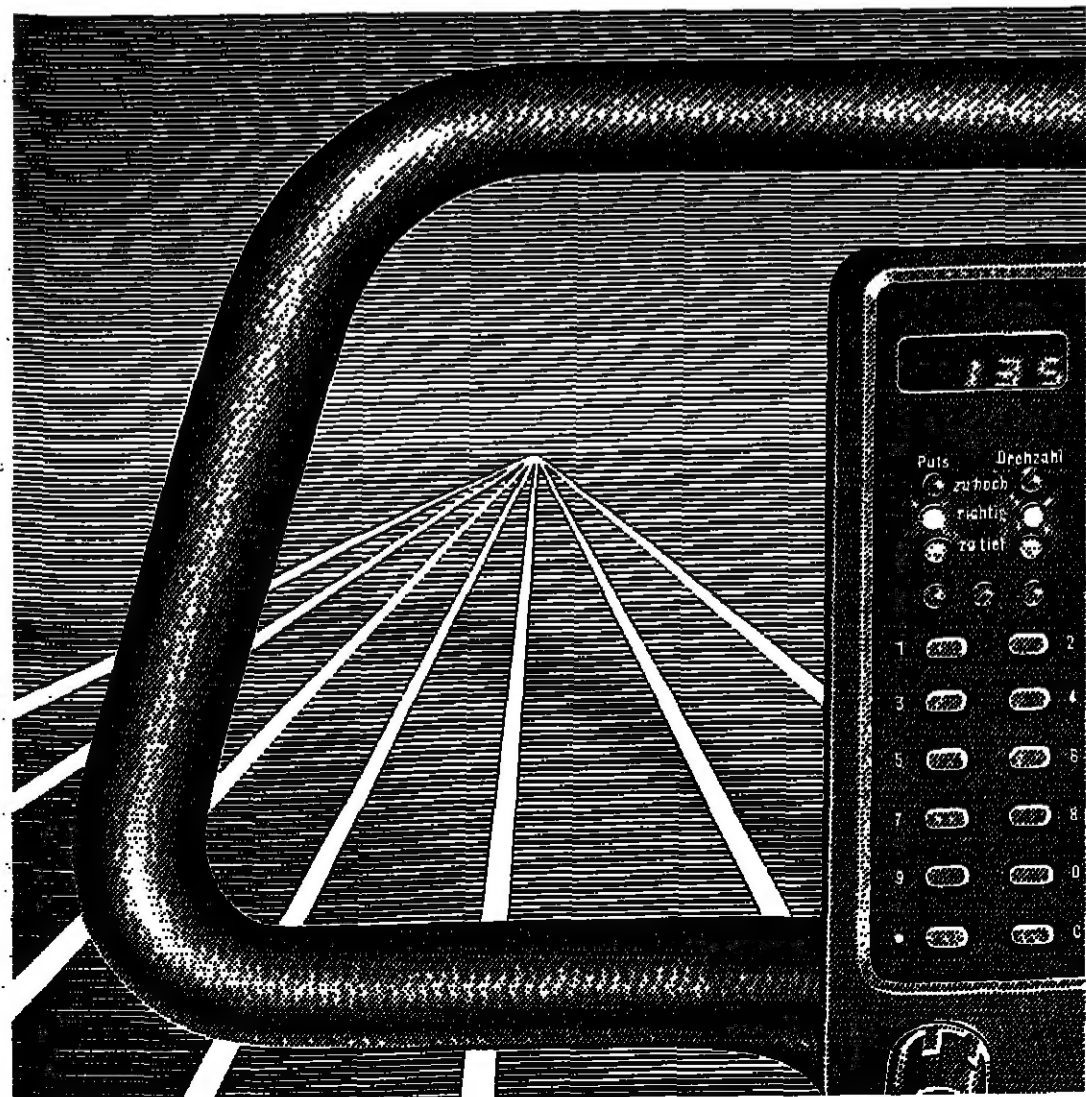
Gedanken und Erinnerungen. Fritz Bischoff mag wohl der einzige Olympionike sein, bei dem gleich zwei Medaillen in der Familie „klingelten“: „Mein Bruder Peter gewann Gold im Star-Boot.“ Bruder Fritz saß in der „Germania“ mit Krupp-Chef Alfred von Bohlen und Halbach unter dem 17-Meter-Mast vor Kiel. „Es ist gut, daß der Willi Daume unseren Olympia den Hautgott von NS-Spielen zu nehmen versucht.“

Erinnerungen und Gedanken. Allein ging er am Wochenende für eine Stunde in den Zoo – „um wieder von Kindheitstagen zu träumen“. Denn andere Erinnerungen sind ihm abhand gekommen: „Souvenirs an die Spiele? Nein, das ist alles in Breslau geblieben.“



Kee Chung Sohn, 1936 Sieger im Marathon (Foto rechts), nahm seinen Ehrenpreis mit 50 Jahren Verspätung entgegen: NOK-Präsident Willi Daume überreichte ihm einen antiken Helm

FOTO: SZ/DA



An Obligationen und Sparbriefen der Deutschen Bank zeigt sich, was eine Kapitalanlage leisten kann.

Mit Obligationen und Sparbriefen der Deutschen Bank sind Sie gut beraten, wenn Sie planvoll Vermögen aufbauen wollen:

Die Obligationen bieten eine angemessene Rendite bei überschaubaren Laufzeiten. Falls Sie unerwartet Geld benötigen, können Sie Ihre Obligationen börsentäglich verkaufen. Und wenn Sie Ihre Obligationen selbst aufbewahren möchten, legen Sie uns einfach den Coupon vor.

Mit Deutsche Bank-Sparbriefen ist Ihr Geld für vier Jahre fest angelegt. Die Zinsen bekommen Sie jährlich, der Zinssatz bleibt die gesamte Laufzeit über konstant. Wenn Sie wollen, haben Sie die Möglichkeit, Ihre Sparbriefe zu beleihen.

Die anfallenden Zinserträge, sowohl bei Obligationen als auch bei Sparbriefen, können Sie sich in bar auszahlen lassen. Oder im Sinne eines kontinuierlichen Vermögensausbaus wieder anlegen.

Sprechen Sie mit unserem Anlageberater. Sie nutzen dann die Kompetenz und die Marktkenntnis der Deutschen Bank, einer der führenden Großbanken der Welt. Mit ihrem präzisen und weltweiten Informationssystem.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Deutsche Bank



Bei Ländern zeichnet sich Blei-Verbot ab

AP, Hannover
Für ein Verbot des bleihaltigen Normalbenzins haben sich nach den von der SPD geführten Ländern Hessen, Hamburg und Saarland jetzt auch Politiker aus unionsregierten Bundesländern ausgesprochen. Nach den Worten von Niedersachsens Umweltminister Werner Remmers ist angesichts des rückläufigen Absatzes von bleifreiem Benzin der Zeitpunkt gekommen, über ein Verbot des umweltschädigenden Bleis im Treibstoff nachzudenken. In dieser Frage könne man nicht auf eine Einigung in der EG warten. „Ich kann mir nichts vorstellen, einen nationalen Alleingang vorzustellen.“

Der Minister verwies als Begründung auf den „enormen Bleiausstoß“ durch die Kraftfahrzeuge und das anhaltende Waldsterben in der Bundesrepublik, das „leider durch die Diskussion um Tschernobyl“ verdrängt worden sei. Bei einem Verbot muß, so Remmers, wie in Österreich und in der Schweiz weiterhin bleihaltiges Superbenzin verfügbar sein.

Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, sagte der „Bild am Sonntag“: Sein Land prüfe, ob es sich der Initiative Hessens, Hamburgs und des Saarlands im Bundesrat anschließen, das umweltschädigende Benzin zu verbieten. Bayern sei grundsätzlich dafür. Die CSU habe dabei „immer eine Schrittmacherrolle übernommen“. Allein Hessen, Hamburg, das Saarland, Niedersachsen und Bayern stellen 20 der 41 stimmberechtigten Mitglieder der Länderkammer. Jedes weitere zustimmende Land, außer Berlin, bedeutet die Mehrheit für das Verbot des verbleibenden Kraftstoffs.

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel erklärte, er sei für ein Verbot des bleihaltigen Benzins, sofern es sich in der EG durchsetzen lasse. Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth sagte, sein Land unterstütze alle Überlegungen der Bundesregierung in dieser Richtung.

DIE WELT (USPS 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Scherben nach jeder Demo“

Polizeigewerkschaft beklagt „fossile Liberalisierungs-Euphorie“ der FDP

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Aufhebung des bis 1970 geltenden Tatbestandes des Landfriedensbruches hat sich nach Ansicht des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB), Harald Thiemann, als „eine der größten innenpolitischen Fehlleistungen der Nachkriegszeit erwiesen“. Im Gespräch mit der WELT sagte Thiemann, der auch nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft ist, die Polizei stehe heute nach jeder Großdemonstration vor einem „Scherbenhaufen“, der daraus resultiere, daß wertvolle Zeit von der Politik vertan worden sei.

Das Ergebnis aus der Sicht Thiemanns: „Eskalation der Gewalt, hunderte von verletzten Polizeibeamten, Gefährdung des Rechtsstaates und eine Politik, die offensichtlich unfähig ist, die zwingend notwendigen rechtspolitischen Maßnahmen zu treffen.“

In der Bonner Regierungskoalition traten insbesondere die FDP-Vertreter Engelhard, Baum und Hirsch als Blockierer in Erscheinung, die vor den tatsächlichen Gefahren die Augen verschließen, andererseits aber Gefahren an die Wand malen, die nicht existieren. Diese freiheitlich-demokratischen Politiker hingen „fossile Vorstellungen aus den Zeiten der Liberalisierungs-Euphorie nach“. Sie übersahen dabei, daß „Freiheit nur in und durch Sicherheit gewährleistet werden kann.“

Für die Polizeigewerkschaft im Beamtenbund forderte Thiemann ein gesetzliches Vermummungsverbot und die Ausdehnung der Wiederein-

führung des Tatbestandes des Landfriedensbruches „auch auf solche Personen, die sich einer offensichtlich gewalttätigen Menschenmenge anschließen oder sich auch dann nicht entfernen, wenn sie deren Gewalttätigkeit erkannt haben.“ Jedem friedlichen Demonstranten „wird doch wohl zuzumuten sein, daß er sich bei einem gewalttätigen Verlauf der Demonstration – die dann ja keine mehr ist – einige hundert Meter entfernt“, erklärte der Polizeigewerkschafter. „Er wird also nicht zum Land-



FDP-Kritiker Thiemann

desfriedensbrecher „gemacht“, sondern es liegt in seiner alleinigen Entscheidung, ob er einer ist oder nicht.“ Thiemann nannte es „unsensibel“, wenn behauptet werde, mit einer Gesetzesänderung in der von ihm verlangten Form würde das Grundrecht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, eingeschränkt.

Da eine solche Gesetzesänderung ganz im Gegenteil dieses Grundrecht auf Dauer sichere, müßte sie „im Interesse aller derer liegen, die es mit dem Demonstrationsrecht ernst meinen.“

Entschieden trat Thiemann für ein

generelles Vermummungsverbot ein, also nicht erst bei Gewalttaten unter Vermummung, wie es derzeit der Fall ist.

„Vermummte gehören von vornherein unter Strafe gestellt, da sie bei einer durch das Grundgesetz geschützten Demonstration nichts zu suchen haben. Sie dokumentieren alleine durch ihre Vermummung ihre Unfriedlichkeit.“

Der Polizeihauptkommissar wies die Forderung nach Einführung sogenannter neuer Polizeitaktiken zurück. Man dürfe nicht verkennen, daß die Polizei bei der geltenden Rechtslage, mit welcher Taktik auch immer, „durch die ‚Unbeteiligten‘ hindurch muß.“

Dies treffe genau das Problem. „Demo-Verbrechen wird durch tatsächlich Unbeteiligte oder auch nur augenscheinlich Unbeteiligte Deklung und Schutz vor, während und nach ihren Straftaten begangen.“ Die Gewalttäter nutzten die „Vorteile“ der heutigen Gesetzeslücken bewußt aus. „Das geht soweit, daß in den Vorbesprechungen der Autonomen‘ schon festgelegt wird, wer bei gewalttätigen Auseinandersetzungen die Rolle des ‚Unbeteiligten‘ zu spielen hat.“

Objektiv sei es einfach nicht beweisbar, ob ein sogenannter „Unbeteiligter“ nur aus Neugier herumschwebe, oder ob er damit bewußt einen Straftäter schützen wolle.

Es liege „nicht an der Polizei, wenn sie gewissen Lagen nicht Herr wird“, erklärte Thiemann. „Was ihr fehlt, ist das praktikable rechtliche Instrumentarium.“

Dregger verteidigt Politik Genschers

DW, Bonn

Der Kurs von Außenminister Genscher sei die Politik der gesamten Regierung gewesen und nach den Richtlinien des Kanzlers betrieben worden, hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dregger, im Hessischen Rundfunk erklärt. Kohl hätte Genscher entlassen müssen, wenn er eine andere Politik verfolgt hätte. Die Kontroverse zwischen FDP und CSU um Genscher führte Dregger unter anderem auf die bevorstehenden Wahlen in Bayern zurück.

Grüne plazieren „Realos“ vorne

DW, Ludwigshafen

Die rheinland-pfälzischen Grünen haben auf ihrer Landesdelegiertenversammlung die 33-jährige Ärztin Heike Wilms-Kegel und den 27-jährigen Studenten Uwe Hüser als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 1990 nominiert. Ihr früherer Abgeordneter Roland Vogt, der sich erneut um die Spitzenkandidatur bewarb, erreichte dagegen nur den (wohl aussichtslosen) dritten Platz. Damit setzte sich der „realpolitische Flügel“ durch.



Begegnung mit der Geschichte: Bundespräsident Richard von Weizsäcker und „Friedrich der Große“

Ein bißchen Preußen wäre nicht schlecht

hbk, Berlin
Zum 200. Todestag Friedrichs des Großen ging Bundespräsident Richard von Weizsäcker auf die Bedeutung des Königs für die Deutschen, seine historische Größe, die Wirkung des Monarchen auf das Ausland, die politischen Folgen der Politik Friedrichs bis hin zur Teilung Deutschlands und das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ zu dem Hohenzollern ein. Hier Auszüge aus der Rede des Bundespräsidenten.

„Friedrich und die Folgen – das ist ein großes und schwieriges Kapitel unserer Geschichte. In einer schwer zu entwirrenden Weise vermischen sich die politischen Auswirkungen seiner Herrschaft, die geistige Belebung, die von ihm ausging und eine gefährliche Mythenbildung um seine Person.“

Das Deutsche Reich wurde bis 1945 vom Ausland überwiegend als ein preußisches Deutschland empfunden. Deshalb lösten die Siegermächte nach dem Zweiten Weltkrieg den Staat Preußen ausdrücklich und formell auf. Es war Preußen, das man treffen wollte, weil man ihm das ganze Unglück des Jahrhunderts zuschrieb. Das war freilich eine erte Vergewaltigung der Geschichte.

Aber es zeigt doch, daß Preußen und das unter Preußens Führung gestandene Deutschland über fast zwei Jahrhunderte seinen ungebrochenen Platz in der europäischen Staatenviertel nicht gefunden hatte. Das geht auf das Konto aller Beteiligten. ... An keinem Punkt war das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg „unfruchtbarer“ als bei den unsinnigen, bis gegen das Kriegsende andauernden Erörterungen über Kriegsziele. Hier gab es Träume von einer Ausdehnung deutscher Herrschaft, die niemals historisch hätten Bestand haben können.

... Die Kapitulation von 1918 war eine schwere und doch im Lichte der Tradition verantwortungsbewusste Tat. Aber nun, da Deutschland sich in das Geschick fügte, verloren die Gegner jedes Maß. Man setzte Deutschland das Kalbmal der alleinigen Kriegsschuld auf die Stirn, verurteilte es in Grund und Boden und demütigte es, wo und wie man nur konnte. Das mußte seine Folgen haben, sie kamen und sie waren schwer ... Hier

wurden Drachenzähne gesät, die furchtbar aufgehen sollten. Das politische Klima der jungen Weimarer Republik war von Anfang an vergiftet.

... Hitler selbst betrachtete sich gewissermaßen als einen Über-Friedrich ... dem Volke wurde eingebläut, daß der „Führer“ gegen alle Wahrscheinlichkeit am Ende schließlich doch siegen werde ... So war eine große historische Gestalt in einen Mythos verwandelt und als Waffe mißbraucht worden.

Als das Verderben kam, wurde zusammen mit dem Mythos des Alten Fritz auch seine geschichtliche Person selbst in den Strudel gerissen. Der Heroisierung folgte die Verteufelung.

Beides – Verherrlichung und Verdammung – ist gleichermaßen unhistorisch. Der Gang unserer Geschichte sollte uns gelehrt haben, dies zu erkennen.

Auch ist unsere Zeit gewiß nicht in der Versuchung, den Staat Preußen, den der Alte Fritz hinterlassen hat, so wie er war, einfach in den Himmel zu heben. Alle Welt hat kritisch zu fragen gelernt, was denn die Werte und Ziele dieses Staates waren. Hatte er sich nicht selbst zum Wert an sich erhoben? War seine Liberalität nicht davon abhängig, daß jeder seine Pflicht erfüllte – im Frieden und im Krieg? Die Preußen dienten ihrem Staat. Welcher Idee diente Preußen?

Wir haben bitter genug erfahren, daß Pflichtgedanke und Staatsdienst für verwerfliche und letztlich selbstzerstörerische Ziele mißbraucht werden können, wenn der Staat in die Hände von Leitfiguren ohne Maß und Moral gerät.

Das alles wissen wir, und wir haben so gründliche Konsequenzen daraus gezogen, daß sie oft in ein anderes, schädliches Extrem umschlagen, nämlich in die Vernichtung jeglicher Pflicht gegenüber dem Staat überhaupt.

Ein bißchen vom Preußen Friedrichs wäre doch auch in unserer Zeit so schlecht nicht ...

Friedrich der Große war und bleibt eine der staunenswerten, überragenden Gestalten der deutschen Geschichte.

Berlin erwartet Reagan zur 750-Jahr-Feier

hbk, Berlin
Die Berliner hoffen auf einen Besuch des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan im kommenden Jahr. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen bedankte sich jetzt für Reagans Brief zum 25. Jahrestag des Mauerbaus, in dem dieser versichert hatte, er werde sich für Ost-West-Gespräche über den Abbau der Grenzsperren in Berlin einsetzen, mit den Worten: „Ihr Berlin-Besuch während der 750-Jahr-Feier wäre für Berlin und die Berliner eine große Ehre.“ Ein Berlin-Abstecker Reagans böte sich während des nächsten Weltwirtschaftsforums, der im Mai 1987 in Rom stattfindet, an.

Stoltenberg: Drei Prozent Wachstum

dpa, Hamburg
Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg rechnet für das laufende Jahr und für 1987 mit einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent. Die Inflationsrate, die in diesem Jahr gegen Null tendiert, werde sehr niedrig bleiben, erklärte er der „Welt am Sonntag“. Die Beschäftigungszahlen würden zunehmen, die Arbeitslosenquote bleibe jedoch relativ hoch, weil unter anderem viele Berufsanfänger auf den Markt drängten. Nun müsse die Koalition den Aufschwung „verfestigen“.

„Mit der Ware nicht noch Geld liefern“

AP, Köln
Der Staatssekretär im Bundesernährungsministerium, von Geldern, hat die Lieferung subventionierter Getreideüberschüsse aus EG-Beständen an die Sowjetunion abgelehnt. Die EG solle nicht mit der Ware auch noch das Geld liefern und aufhören, in unlauteren Wettbewerben mit den

Jeden Samstag

viele Seiten Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte

DIE WELT

Klassischen Exportländern zu treten. Ein EG-weites Flächenstilllegungsprogramm sei dringend nötig.

Flüssigdünger tötete Fische in der Ohrn

rt, Stuttgart
Das am Donnerstag festgestellte Fischsterben in der Ohrn ist auf einen landwirtschaftlichen Genossenschaft in Ohringen verursacht worden. Offenbar wurden etwa 500 Liter eines hochkonzentrierten Flüssigdüngers in die Kanalisation gepumpt. Nach bisherigen Schätzungen verwendeten ein bis zwei Tonnen Fische.

Die GEW fordert 10 000 Lehrerstellen

AP, Osnabrück
80 000 Lehrerinnen und Lehrer sind nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu Beginn des neuen Schuljahres arbeitslos. Das seien 8000 mehr als im Vorjahr. Der GEW-Vorsitzende Wunder sagte dazu, bis zum Jahr 2000 müßten jedoch 200 000 der 500 000 Lehrer ersetzt werden, weil die Schülerzahlen wieder zunehmen und ein großer Teil der Pädagogen in den Ruhestand gehe. „Das allein ist für uns schon Grund genug, ab sofort eine Mindesteinstellung von jährlich 10 000 Lehrkräften zu fordern.“

ATTENTION BRITISH CITIZENS LIVING ABROAD

1	BROWN (Andrew Brown, of 6 Orchard Grove, Maida Vale, London W9 3PL)	X
2	SMITH (John Phillip Smith, of 21A Highfield Road, Enfield, Middlesex EN6 2DR)	
3	JONES (Albert David Jones, of 11 Charlton Court, London NW1)	

If you were registered as an elector in the UK within the last 5 years you can now vote in UK parliamentary and European Parliament elections.

Your vote will be cast in the constituency in which you were last registered before leaving the UK.

In order to qualify you will have to fill in a declaration form and return it by 10th October 1986 (15th September if you were previously resident in Northern Ireland).

Forms and an explanatory leaflet are available from your nearest diplomatic or consular post.

PLEASE LET OTHER BRITISH CITIZENS KNOW THAT THEY MAY ALSO BE ELIGIBLE TO VOTE IN THE UK.

Die CDU strotzt vor Selbstbewußtsein

JOACHIM NEANDER, Trier

Mit einem Selbstbewußtsein, das manchen fast schon wieder gefährlich erscheint, geht die CDU in den Bundestagswahlkampf. Auf der ersten der sogenannten Regionalkonferenzen erklärte Generalsekretär Heiner Geißler unter dem Jubel von knapp 1000 Amts- und Mandatsträgern der CDU-Landesverbände Rheinland-Pfalz und Saarland: „Ich habe nichts dagegen, wenn die SPD so weitermacht.“

In seiner fast anderthalbstündigen Rede, die – gemessen an früheren Wahlkämpfen – eher gedämpft und gelassen klang, appellierte der Generalsekretär an die Partei, die Wahl am 25. Januar 1987 dem Wähler als eine „Richtungswahl für die Zukunft“ deutlich zu machen. Die von der Union geführte Bundesregierung habe die von den Sozialdemokraten hinterlassene schlimmste Wirtschaftskrise seit der Währungsreform gemeistert. Deshalb dürfe die CDU auch die Kompetenz für die Meisterung der Zukunft beanspruchen.

„Die Bundesrepublik darf nicht zweit- oder drittklassig werden!“ rief Geißler aus. „Wir werden die Menschen fragen, ob sie wirklich die

Kurpfischer von gestern zu Vertrauensärzten von morgen wählen wollen.“ Die Staatsverschuldung der sozialliberalen Ära nannte er „nichts anderes als die Ausbeutung der kommenden Generation.“

Den SPD-Spitzenkandidaten Johannes Rau bezeichnete Geißler als „besonderes Beispiel für chaotisches Denken“. Es sei nicht wichtig, ob der Mann „schön oder nicht schön, anständig oder unanständig ist, ob er zwei oder drei Kinder hat, ob seine Bibelzitate stimmen oder nicht – er soll endlich die Wahrheit sagen und zugeben, daß er ohne die Grünen nicht Kanzler werden kann.“ Mit ihren Plänen einer rotgrünen Zusammenarbeit verheißte die SPD den Grünen überhaupt erst zu politischer Bedeutung.

Auf die Auseinandersetzungen innerhalb der Bonner Koalition ging Geißler nur kurz ein: „CDU und CSU gehören zusammen. Wir machen keinen Wahlkampf gegen oder mit der FDP, aber einen Wahlkampf mit der CSU.“ Als in der Diskussion der rheinland-pfälzische Kultusminister Georg Göller von „unverantwortlichen Auseinandersetzungen“ sprach,

denen viele CDU-Anhänger nur „mit geballter Faust“ zusehen könnten, und die Frage stellte, ob „Franz Josef Strauß die FDP etwa möglichst stark in den Bundestag bringen“ wolle, erwiderte der Generalsekretär lakonisch mit einem Zitat seines Doktorvaters Professor Dürig, der in solchen Fällen immer gesagt habe: „Wenn er recht hat, hat er recht.“

Erneut betonte Geißler, daß die Menschenrechte für die Union unteilbar seien. Unter Hinweis auf seine Reisen nach Chile und Südkorea sagte er: „Die Amerikaner hatten ihren Kopf am 31. Breitengrad in Korea nicht dafür hin, daß drei Atomsubmarinen südlich in Seigun die Menschenrechte mit Füßen getreten werden.“ Und es gab starken Beifall, als der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Bernhard Vogel seinem Freund Geißler ausdrücklich für das Zeichen dankte, das er mit dieser Rede gesetzt habe.

Die Frage eines offensichtlichen aus dem Osten stammenden Diskussionsredners, ob der CDU-Wahlkämpfer nicht besser „Weiter so für Deutschland“ heißen müßte, blieb unbeantwortet.

Balaguer gelobt „heiligen Krieg“ gegen die Armut

WERNER THOMAS, Miami

Joaquín Balaguer, fast 79 Jahre und blind, hat am Wochenende zum fünften Mal die Präsidentschaft der Dominikanischen Republik übernommen. Bei seiner Amtseinführung, der auch der nicaraguanische Staatschef Ortega und US-Außenminister Shultz beiwohnten, dämpfte der konservative Politiker übertriebene Erwartungen: „Ich bin nicht zurückgekehrt, um Wunder zu vollbringen. Ich möchte vielmehr die Krise bekämpfen, die uns konfrontiert.“

Der greise Führer der „Sozialchristlichen Reformpartei“ (PRSC) versuchte besonders die Bedenken linker Kritiker zu entkräften. Er gelobte einen „heiligen Krieg gegen die Armut“. Er betonte: „Wir sind wohl frei, aber dennoch Sklaven der schlimmsten Tyrannei, der Tyrannei des Klangs.“ Seine Regierung will die Meinungsfreiheit respektieren, fordert dafür aber einen „politischen Waffenstillstand“.

Die Dominikanische Republik, die sich die karibische Insel Hispaniola mit Haiti teilt, zählt zwar zu den besorgtesten Ländern der Region. Die 6,3 Millionen Einwohner mußten jedoch in den letzten Jahren schmerzhafte wirtschaftliche Rückschläge einstecken. Die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten bewegt sich um 50 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt wird auch in diesem Jahr wieder um ein bis zwei Prozent fallen.

Joaquín Balaguer hatte Mitte Mai die Wahlen gegen den sozialdemokratischen Rivalen Acosta Magaña gewonnen – seine letzte, 1978 abgeschlossene Präsidentschaftsperiode war den Wähler noch in guter Erinnerung. Es waren Boom-Jahre. Zwischen 1968 und 1974 wuchs das Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 10,6 Prozent pro Jahr. Der Jungsektor und Schriftsteller bemühte sich in den vergangenen Jahren aber auch um ein moderates politisches Image. Er wollte nicht mehr als Mann der Rechten abgestempelt werden und demonstrierte ideologische Flexibilität. An dem engen Verhältnis zu den USA soll sich jedoch nichts ändern.

In Washington wurde das Comeback des alten Herrn begrüßt, obwohl auch die dominikanischen Sozialdemokraten das Land in den letzten acht Jahren nicht nach links steuerten und Distanz hielten zu Castro Kuba. Über dem Machtwechsel liegt allerdings ein Schatten: niemand weiß, ob der erblindete Balaguer, der nicht mehr lesen und schreiben noch einen Gesprächspartner erkennen kann, seine Amtszeit vollenden wird.

Reagan droht dem Kongreß mit Veto gegen Kürzung des Pentagon-Etats

„Anschlag auf nationale Verteidigung“ / SDI-Mittel reduziert / Konfrontation wegen Südafrika

FRITZ WIRTH, Washington
Präsident Reagan hat dem Kongreß im Konflikt um sein Verteidigungsbudget offen den Kampf angesagt. Er nannte die Etatkürzungen des Repräsentantenhauses, durch die die Produktion zahlreicher wichtiger Verteidigungssysteme der USA verzögert würde, einen „rücksichtslosen Anschlag auf die nationale Verteidigung der USA“ und warf der Kammer vor, den amerikanischen Unterhändlern bei den Rüstungskontrollgesprächen in Genf „den Boden unter den Füßen wegzuziehen“.

Reagan machte diese Vorwürfe in seiner wöchentlichen Rundfunksprache unmittelbar vor Antritt seines Urlaubs und drohte: „Es ist nicht meine Art, schon vorher ein Veto gegen ein Gesetz anzukündigen. Sollte der Verteidigungsetat jedoch nur annähernd in der gegenwärtigen Form auf meinen Schreibtisch kommen, werde ich ein Veto einlegen.“

Es ist höchst ungewöhnlich für einen US-Präsidenten, einen Verteidigungsetat per Veto zu stoppen. Die Androhung von Vetos unterstreicht deshalb, wie schwer ihn besonders die radikalen Kürzungen des von den Demokraten beherrschten Repräsentantenhauses getroffen haben.

Thema für den Wahlkampf

Reagan bezeichnete den Vorgang als einen „Rückfall in eine politische Ära, die die amerikanischen Bürger bei den letzten beiden Wahlen eindeutig zurückgewiesen haben“.

Das Repräsentantenhaus hatte den 320-Milliarden-Dollar-Etat für Verteidigung auf 287 Milliarden zusammengekratzt. Der Senat hatte zuvor einen 285-Milliarden-Dollar-Etat bewil-

ligt. Beide Häuser müssen nach der Rückkehr aus den Parlamentsferien im September versuchen, zwischen ihren Konzepten einen Kompromiß zu finden. Wie immer er ausfallen mag, es ist sicher, daß Ronald Reagan in diesem Jahr zum ersten Mal in seiner Amtszeit eine drastische Reduzierung seiner Verteidigungsausgaben hinnehmen muß. Für Reagan spielen dabei nicht so sehr die finanziellen Einbußen, sondern die verteidigungsstrategische Qualität der Kürzungen eine Rolle. Er ist entschlossen, dies im Wahlkampf für die Kongreßwahlen zu einem Thema zu machen und die Demokraten als eine Partei darzustellen, die die Sicherheit des Landes aufs Spiel setzt.

Reagan fühlt sich vom Repräsentantenhaus vor allem provoziert durch dessen einjähriges Testverbot für Antisatellitenwaffen, durch ein einjähriges Testverbot für Nuklearkraftwerke und die Ausdehnung des Verbots von chemischen Waffen für ein weiteres Jahr. Reagan erinnerte daran, daß die USA bereits im Jahre 1958 einem nuklearen Testverbot zugestimmt hätten, das die Sowjetunion drei Jahre später bereits durchbrochen und zu ihren bisher umfangreichsten Nukleartests genutzt habe. „Hat die Mehrheit des Repräsentantenhauses die Geschichte vergessen?“ fragte Reagan und attackierte dann besonders scharf die Entscheidung des Repräsentantenhauses, den SDI-Etat um über zwei Milliarden Dollar zu kürzen.

Die radikale Unterfinanzierung dieses Programms bringt alle Hoffnungen auf eine Reduzierung der Nuklearkraftwerke in Gefahr“, erklärte Reagan und folgte: „Die sowjetischen Unterhändler müssen heute

verblüfft darüber sein, daß amerikanische Gesetzgeber in Washington ihnen heute liefern, was sie in Genf bisher nicht bekommen konnten.“

In der Südafrika-Frage steht eine Konfrontation des Präsidenten mit dem Kongreß bevor, die er auch nicht mit Hilfe eines Vetos zu lösen vermag. Der Senat sprach sich am Wochenende mit 84 gegen 14 Stimmen für ein Paket von Sanktionen gegen Südafrika aus, das in seiner Wirkung in der bevorstehenden Abstimmungskonferenz mit dem Repräsentantenhaus eher noch weiter verschärft werden dürfte.

Mehrheit für Sanktionen

Die Tatsache, daß dieses Paket von 84 Senatoren akzeptiert wurde, macht die Veto-Chancen Reagans nahezu unmöglich. Es genügen bereits 66 Stimmen, dieses Veto zu überstimmen. Das vom Senat angenommene Aktionspaket untersagt die Einfuhr von Stahl, Kohle, Uranium, Textilien und Agrarprodukten aus Südafrika in die USA, verbietet neue Investitionen amerikanischer Firmen in Südafrika, stoppt das Landrecht für südafrikanische Flugzeuge in den USA und untersagt den Handel mit Krügerland. Die 14 Gegner dieses Sanktionspakets stehen dem rechten Flügel der Republikaner nahe. Senator Wallop wies auf die nach seiner Meinung offensichtlichen Widersprüche dieser Sanktionen hin: „Wir beschließen die Sanktionen gegen Südafrika zum gleichen Zeitpunkt, da wir auf die Verletzung der Menschenrechte in der Sowjetunion mit dem Export von subventioniertem Weizen an die Sowjets reagieren.“

Seite 2: Politik der Selbstbehauptung

Erster Schritt zu Beziehungen mit Israel

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Erstmals seit 19 Jahren sitzen sich Vertreter Israels und der UdSSR wieder am Verhandlungstisch gegenüber. Israel erhofft sich von den heute in Helsinki beginnenden Gesprächen – sie kamen durch Moskauer Initiativen zustande –, daß sie zur Aufnahme konsularischer Beziehungen führen werden. Ob damit allerdings auch ein Botschafteraustausch eingeleitet wird, bleibt offen.

Das sowjetische Außenministerium wollte sich nicht festlegen. Ein Sprecher wiederholte nur, am bekannten Standpunkt Moskaus habe sich nichts geändert. Die UdSSR hatte 1967 nach dem Sechstage-Krieg die diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen. Eine Wiederaufnahme machte sie seitdem von der Lösung des Nahost-Konfliktes abhängig.

Was Außenminister Jitzhak Shamir in der Knesset über die Möglichkeiten für die in der Sowjetunion lebenden Juden gesagt habe, gehe „weit über die Tagesordnung hinaus“, sagte der Sprecher. Er begründete erneut den offiziellen Anlaß dieser Gespräche mit Moskaus Wunsch, eine Bestandsaufnahme russischer Kirchenbesitzer im Heiligen Land vorzunehmen. Die russisch-orthodoxe Kirche verfügt über einen beträchtlichen Besitz an Gotteshäusern und Ländereien in Israel.

Doch der Kirchenbesitz, den Moskau im Heiligen Land im Visier hat, liefert nur den vordergründigen Anlaß zur Kontaktaufnahme. Den Sowjets geht es darum, unter allen Umständen an einer Nahost-Friedenskonferenz teilzunehmen. Eine Anerkennung Israels wäre vermutlich die Voraussetzung. In Paris und Washington haben in jüngster Zeit immer wieder Gespräche zwischen sowjetischen und israelischen Diplomaten stattgefunden. Unter Parteisekretär Michail Gorbatschow versucht man behutsam, sich aus der Isolierung zu lösen, in die sich die Sowjetführung mit ihrer einseitigen Unterstützung radikaler arabischer Regime manövriert hat.

Sollten die Sowjets allerdings ernsthaft an einer Normalisierung der Beziehungen interessiert sein, haben sie einen schwierigen Weg vor sich. Außenpolitisch droht die Gefahr, daß diese arabischen Regimes sich gegen Moskau wenden könnten. Innenpolitisch würde das gewaltige Problem der Sowjetjuden auflaufen. Schätzungsweise leben heute noch 2,5 Millionen Juden in der Sowjetunion. Rund 400 000 wollen auswandern.

Polens Amnestiegesetz: Ein Freibrief für die Behörden

Theoretisch ist auch Haftentlassung der Popielusko-Mörder möglich

SIEGFRIED LAMMICH, Bonn

Das jüngste polnische Amnestiegesetz fand im Westen vor allem Beachtung, weil in dessen Genuß auch politische Straftäter kommen werden. Das ist allerdings nicht der einzige Grund, weshalb dieses Gesetz Aufmerksamkeit verdient. Es ist auch als Ergebnis einer drakonischen Strafpolitik der letzten Jahre beachtenswert, die dazu geführt hat, daß seit der vorletzten Amnestie vom Juli 1984 die Zahl der Gefangenen von 68 000 auf etwa 115 000 gestiegen ist.

Die dadurch entstandene katastrophale Situation in den Gefängnissen soll nun durch die Amnestierung von etwa 25 000 Häftlingen zumindest teilweise gelindert werden. Aufmerksamkeit verdient der große Ermessensspielraum der Behörden bei der Anwendung des Gesetzes auf die politischen Straftäter. Während viele kriminelle Straftäter automatisch in den Genuß der Amnestie kommen, hängt die Amnestierung der „Politischen“ in jedem konkreten Fall vom Ermessen des Staatsanwalts ab, das heißt, daß diese Täter keinen Rechtsanspruch auf Amnestierung haben.

Einspruch nicht möglich

Ähnlich wie die Amnestie von 1984 sieht auch das Gesetz von 1986 eine Zwangsamnestierung vor, bei der der Amnestierte, auch wenn er sich für unschuldig hält, nicht die Möglichkeit hat, gegen die Amnestierung Einspruch zu erheben und zu verlangen, daß, soweit noch kein rechtsgültiges Urteil vorliegt, über seine Schuld in einem ordentlichen öffentlichen Gerichtsverfahren entschieden wird.

In polnischen Fachkreisen wird eine solche Zwangsamnestierung als

eindeutiger Verstoß gegen den von Polen ratifizierten internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte gewertet. Die Behörden können dank einer solchen Zwangsamnestierung verhindern, daß ihnen die Führung spektakulärer politischer Prozesse (so etwa gegen den „Solidarität“-Führer Walesa) aufgezwungen wird. Das derzeitige Interesse der Regierenden, solche Prozesse zu verhindern, ist offensichtlich.

Ungelöste Fälle

Als wahrer Freibrief für die Behörden muß die Bestimmung des Artikels 4 des Gesetzes gewertet werden, die das Oberste Gericht ermächtigt, „in besonders begründeten Fällen“ auf Antrag des Generalstaatsanwalts das Verfahren wegen einer jeden vor dem 17. Juli 1986 begangenen Straftat einzustellen, oder die wegen einer solchen Straftat verhängte Strafe zu tilgen.

Auch wenn die Verantwortlichen zur Zeit sicherlich nicht daran denken, von dieser Möglichkeit gegenüber den Mördern des Warschauer Priesters Jerzy Popielusko Gebrauch zu machen, so muß doch bereits der bloße Gedanke daran, daß die Amnestie sowohl auf diese als auch auf ihre früher strafällig gewordenen Arbeitskollegen angewandt werden kann, die vielleicht noch nicht ermittelt wurden oder nicht in so spektakuläre Verbrechen wie den Popielusko-Mord verwickelt sind, vielen Polen ungeheuerlich sein. Sie haben auch nicht die vielen mysteriösen Fälle in den letzten Jahren vergessen, in denen Oppositionelle entführt oder verprügelt wurden, ohne daß man die Täter gefaßt hat.

Appell an Reagan

AFF, Washington

Fünf frühere amerikanische Minister haben jetzt Präsident Reagan zur Mäßigung in der Verteidigungspolitik aufgerufen. In ihrem Appell fordern die früheren Verteidigungsminister Schlesinger, Laird und Brown sowie der ehemalige Außenminister Vance und der frühere Präsidentenberater Snowcroft in erster Linie Absicht, an dem SDI-Programm für eine Raketenabwehr im Weltraum sowie die Einhaltung der Verträge Salt 2 und ABM zur Begrenzung der nuklearen Waffen.

Autobombe in Gom explodiert

AP, Manama

Vor einer Moschee in der iranischen Stadt Gom, der heiligen Stadt der schiitischen Moslems, ist am Wochenende inmitten von Pilgern eine Autobombe explodiert. 13 Menschen starben, mehr als 100 seien, so der iranische Rundfunk, bei der Detonation verletzt worden. Die Nachrichtagentur IRNA machte für den Anschlag „Agenten des Imperialismus“ verantwortlich. Mit diesem Begriff werden gewöhnlich Mitglieder von Untergrundgruppen beschrieben, die das Teheraner Regime bekämpfen.

BfG:



Seine Bau-
maschinen sind
in Südostasien
sehr gefragt.

Unsere Zahlungs-
abwicklung
hat seine Risiken
gemindert.

Komplizierte gesetzliche Vorschriften und Zahlungsziele machen Export und Import oft schwieriger als Inlandsgeschäfte. Die BfG-Auslandsexperten kennen sich aus. Ihre Erfahrungen helfen nicht nur beim Zahlungsverkehr.

Reden Sie mit uns. Wir sind Ihre Bank.

Wir wickeln bei Export- und Importgeschäften Dokumenteninkasso sowie Dokumentenakkreditive für Sie ab und mindern bei Devisengeschäften Ihr Kursrisiko. Im Garantiegeschäft und im Forfaitierungsgeschäft bieten wir unsere Erfahrungen an. Mit mehr als 3000 Korrespondenzbanken führen wir den Zahlungsverkehr schnell und zuverlässig durch. Dabei nutzen wir S.W.I.F.T., das weltweite Kommunikationssystem der Banken. Und da unsere Auslandsexperten die internationalen Märkte kennen, können wir Ihnen auch Informationen über Ihre Partner und deren Bonität verschaffen.

BfG-Ihre Bank

NH-Ausschuß berät weiteres Vorgehen

D.G. Bonn
Der Untersuchungsausschuß Neue Heimat wird immer mehr zum politischen Zankapfel. Die Regierungskoalition will die Opposition Abwehnen vor. Die SPD bezieht CDU/CSU und FDP, den Untersuchungsausschuß des Ausschusses politisch zu mißbrauchen. Morgen wollen die Ausschußmitglieder in nichtöffentlicher Sitzung das Ergebnis der ersten Zeugenvernehmungen analysieren und die weitere Verfahrensweise festlegen.

Dietrich Sperling, SPD-Obmann im Ausschuß, kritisierte am Wochenende die bisherige Arbeitsweise des Gremiums als wenig zielgerichtet. In der knappen Zeit bis zum Ende der Legislaturperiode müsse herausgefunden werden, was an Gesetzesreformen notwendig sei. Zudem sollten solche Zeugen noch gehört werden, die aussagen könnten, ob die Neue Heimat Vermögenswerte aus dem gemeinsamen Geschäftsbereich verschoben habe. Nach Überzeugung von Johannes Gerster, Obmann der CDU/CSU, muß der Ausschuß Rechtsverstöße der Neuen Heimat aufdecken. Schäden bei Mietern, öffentlichen Händen und Dritten nachgehen, den Versuch von Einflußnahme des gewerkschaftseigenen Konzerns auf frühere Bundesregierungen aufspüren. Dann seien Konsequenzen für die Gesetzgebung zu ziehen.

Parteien für Konsens in der Rentenpolitik

rtz, Bonn
Regierungsparteien und SPD-Opinion haben sich für eine gemeinsame Lösung der notwendigen Rentenreform für die 90er Jahre ausgesprochen. Bundeskanzler Kohl sagte gestern im ZDF, die Rentenfrage „wäre eigentlich keine parteipolitische Angelegenheit“. Auf der SPD-Seite sprach sich der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am „Handelsblatt“, die Rentendiskussion werde das wichtigste sozialpolitische Thema sein, über das man miteinander reden muß, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Gleichzeitig forderte Brandt einen breiten Konsens in der Energiepolitik.

„Wir standen unter Druck“ Tamilische Flüchtlinge belasten Kapitän / Position der „Auriga“ unbekannt

DW, Montreal/Hamburg
In der Affäre um die 154 tamilischen Flüchtlinge, die von dem deutschen Küstenmotorschiff „Auriga“ heimlich vor die kanadische Küste transportiert worden sein sollen, ist der deutsche Kapitän des Schiffs, Wolfgang Bindel, durch die Betroffenen belastet worden.

In Montreal sagte ihr Sprecher, W. Jayanathan Nalliah: „Wir wurden unter Druck gesetzt und es wurde uns nicht zu nennen oder die Namen derjenigen, die uns halfen, oder andere Informationen preisgeben. Unser Handeln war von unserer zweifelhafte Suche nach einer ständigen Zuflucht bestimmt. Wir bedauern tief, daß wir nicht von vornherein ehrlich waren.“

Kapitän Bindel hat jede Kenntnis von dem Transport bestritten. „Ich bin bald umgefallen, als ich gehört habe“, sagte er in einem Seefunkgespräch mit dem NDR. Er habe erst durch ein Telefongespräch mit seiner Frau von den Vorwürfen erfahren. Deshalb habe er seinen ursprünglichen Kurs Richtung Westafrika aufgegeben und wolle nun zurück nach Bremerhaven fahren, um die Vorwürfe zu klären. Bindel sagte, er werde voraussichtlich in zehn Tagen in Bremerhaven eintreffen. Seine Position zum Zeitpunkt des Gesprächs gab er mit „querab Casablanca“ an. Die Küstenfunkstelle Norddeich Radio sagte auf Anfrage, der Standort der „Auriga“ sei ihr unbekannt. Das Schiff werde auf allen Frequenzen gerufen, melde sich jedoch nicht.

Bindel bestätigte lediglich, zwei Rettungsboote des früheren Kreuzfahrtschiffs „Regina Maris“ erworben zu haben. Die aufgefischten Tamilen wurden in Rettungsbooten gefunden, von denen dieser Schiffsname abgekratzt worden war.

In dem Seefunkgespräch sagte der Kapitän weiter, er habe sich beim Auslaufen aus Brake ordnungsgemäß abgemeldet. Die Wassertanks, die er an Bord gebracht habe, seien in dem belgischen Hafen Seebrügge gelöscht worden, bevor er in Richtung Westafrika weitergefahren sei.

Die Hafenverwaltung von Seebrügge sagte dazu, die 425 Bruttoregistertonnen große „Auriga“ sei in den vergangenen Wochen nicht in den belgischen Hafen eingelaufen. Die Hafenbehörden von Rotterdam, das Bindel als angeblichen ersten Bestimmungsort angegeben hatte, berichteten, das Schiff sei dort zum letzten Mal am 7. Januar gesehen worden.

Auch das Internationale Maritime Bureau in London äußerte Zweifel an der Darstellung Bindels: „Die Auriga war nicht im inneren Hafengebiet von Seebrügge und ist auch nicht auf der Liste der Schiffe, die dort erwartet werden.“ Gegen Bindel besteht bisher kein deutscher oder internationaler Haftbefehl. Die deutsche Polizei geht davon aus, daß die

kanadischen Behörden einen Haftbefehl erlassen werden.

Die Hamburger Polizei hatte Bindel vorgeworfen, Tamilen gegen die Zahlung von insgesamt rund 700 000 Mark heimlich aus dem niedersächsischen Hafen Brake an der Unterweser vor die kanadische Küste gebracht zu haben. Jeder der Familien habe dafür rund 5000 Mark in bar oder Wertgegenständen bezahlen müssen.

Unterdessen sind zwölf Bürger aus Sri Lanka in Thionville (Lothringen) festgenommen worden, nachdem sie illegal aus der Bundesrepublik eingereist waren. Die Gruppe hatte die Grenze in zwei Autos durchbrochen. Die beiden Fahrer sollen in Frankreich vor Gericht gestellt werden. Die anderen sind auf deutsches Gebiet zurückgeschickt worden.

DW, Hamburg
Mitglieder der „Revolutionären Zellen“ haben sich gestern zu einem Brandanschlag auf die Dienststelle der Hamburger Polizei bekannt, die sich mit Verstößen gegen das Ausländerrecht und der Verfolgung von Schlepperorganisationen befaßt. Die Polizei sagte, der Anschlag stehe vermutlich im Zusammenhang mit der „Ausländer- und Asylantenproblematik“.

So wollte aber nicht ausschließen, daß es sich um den gezielten Versuch handelt, einzelne Ermittlungsverfahren durch die Vernichtung der Akten zu verhindern.

Friedens-Botschaften in Sri Lanka

P. DIENEMANN, Madras
„Wir wollen Frieden!“ Das sind neue Töne in Sri Lankas Hauptstadt Colombo und im südindischen Madras, wo die Vertreter jener Tamilen im Exil leben, die auf der Nachbarinsel mit Waffengewalt für ihren eigenen Staat Eelam kämpfen. Während noch vor einem halben Jahr in dem Konflikt zwischen singhalesischer Mehrheitsbevölkerung und der tamilischen Minderheit die Fronten verhärtet waren, erklären jene Singhalesen in Colombo, die die Tamilen aus Sri Lanka treiben wollten, heute: „Bis Ende des Jahres muß Frieden herrschen, damit unser Land nicht völlig zerstört wird.“ Und auch die Tamilen lenken ein und verhandeln.

Denn das jüngste Friedensangebot

des Präsidenten Jayawardene, Sri Lanka in neun Provinzen aufzuteilen, die in wichtigen Bereichen wie Polizeihilfe, Bildungspolitik und Landverteilung autonom sein sollen, scheint allen Beteiligten eine Ausgangsbasis für eine Friedensregelung des seit 1983 andauernden Konflikts zu sein. Für die Tamilen würde dies bedeuten, daß die Nordprovinz um die Stadt Jaffna regieren, die für mehr als 90 Prozent tamilisch bevölkert ist. In der Ostprovinz um die Stadt Trincomalee, mit dem für Colombo strategisch wichtigen Naturhafen, wären die Tamilen zumindest an einer Regierung beteiligt, nachdem ein Drittel der dortigen Bevölkerung ihrer Volksgruppe angehört.

Während der Führer der gemäßigt

ten „Vereinigten tamilischen Befreiungsfront“ (TULF), Amrithalingam, mit Indien und in dieser Woche auch mit Colombo „Feinabstimmungen“ des Vertragswerkes bespricht, scheint insgesamt unter den Tamilengruppen noch Uneinigkeit über weitere Forderungen zu herrschen.

So liebt die „Belam National Befreiungsfront“ (ENLF), ein Zusammenschluß von vier militanten, linksgerichteten Gruppen ebenso wie Teile der TULF mit einer „linguistischen Einheit“ der Nordprovinz mit jenem Teil der Ostprovinz, in dem tamilisch gesprochen wird. Dies wäre ein geschrumpftes „Tamil Eelam“, das nach dem Willen der militanten Tamil-„Tiger“ die gesamte Nord- und Ostprovinz umfassen soll.

Misereor fordert Boycott gegen Südafrika

dpa, Baden-Baden
Das katholische Hilfswerk Misereor hat sofortige Boykottmaßnahmen gegen Südafrika gefordert. Im Südwestfunkt zeigte sich der Hauptgeschäftsführer von Misereor, Prälat Norbert Herkenrath, enttäuscht von der Zurückhaltung der Europäischen Gemeinschaft. „Ich bin vor allen Dingen darüber enttäuscht, daß die Bundesregierung sich hier so zurückhält, ja mit einer der Bremser ist“, sagte Herkenrath. Selektive Sanktionen, etwa im Bereich von Computerteilungen, trafen die südafrikanische Regierung und deren Armee empfindlich, ohne die schwarze Bevölkerung wirtschaftlich zu benachteiligen. Ziel aller Boykottmaßnahmen müsse es sein, das Apartheidsregime Bothas zu isolieren und zu Verhandlungen zu zwingen.

Herkenrath forderte die katholische Deutsche Bischofskonferenz auf, klarer als bisher, ähnlich wie die EKD, zur Situation in Südafrika Stellung zu beziehen. Die bisherige Zurückhaltung der deutschen Bischöfe erklärte der Hauptgeschäftsführer von Misereor damit, daß sie Stimmungen innerhalb der deutschen Bevölkerung berücksichtigen, die mit der weißen Regierung in Südafrika sympathisierten. Herkenrath betonte, daß die katholische Jugend für dieses Verhalten kein Verständnis habe.

Südafrika hat den Sanktionsbeschuß des amerikanischen Senats verurteilt. Der stellvertretende Finanzminister Durr sagte, die gebilligten Maßnahmen seien „als Moral verkleidet“ Protektionismus. Außenminister Rolf Botha nannte den Sanktionsbeschuß eine „Einklemmung in die inneren Angelegenheiten“ Südafrikas.

Liefert Moskau an Syrien MiG-29?

AP, Abu Dhabi
Die syrische Luftwaffe hat angeblich von der Sowjetunion moderne Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29 erhalten. Die in Abu Dhabi erscheinende Zeitung „Al Itihad“ berichtete unter Berufung auf diplomatische Kreise, Flugzeuge dieses Typs seien auf einem syrischen Fliegerhorst gesehen worden. Dem Vernehmen nach soll Syrien von der UdSSR 80 MiG-29 geordert haben.

Moskau: Reaktorkern ist nicht geschmolzen

Bericht über Tschernobyl / „Das System hat versagt“

DW, Tokio
Die Sowjetunion bleibt in ihrem abschließenden Untersuchungsbericht über die Ursachen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl bei ihrer Darstellung, wonach der Unfall auf menschliches und nicht auf technisches Versagen zurückzuführen sei. Auch die von westlichen Experten aufgestellte Behauptung, am 26. April sei es in dem Unglücksreaktor zu einem Kernschmelzungsprozeß gekommen, bestreiten die Sowjets in dem 382-Seiten-Bericht, aus dem die „New York Times“ und das japanische Massenblatt „Asahi Shimbun“ ausführlich zitiert haben. Mit dem Untersuchungsbericht wird sich die Internationale Atomenergie-Behörde (IAEO) während einer viertägigen Konferenz, die am 25. August beginnt, beschäftigen.

Die „Asahi Shimbun“ berichtet in dem Artikel über Einzelheiten, die in den sowjetischen Medien bislang noch nicht veröffentlicht worden sind. Danach wurden für das Experiment mit einer Turbine das Notkühlsystem, eine automatische Abschaltvorrichtung und andere Sicherheitsmechanismen des Reaktors außer Betrieb gesetzt, damit das Experiment im Falle eines Scheiterns sofort hätte wiederholt werden können.

50 Millionen Curie

Wie das Blatt unter Berufung auf den Abschlußbericht weiter schreibt, wurde bei dem Unglück eine Strahlung von 50 Millionen Curie oder 3,5 Prozent des gesamten radioaktiven Materials des Reaktorkerns freigesetzt. Dies entspricht dem 30- bis 40fachen dessen, was 1945 vom Hiroshima-Bombentyp an Strahlung freigesetzt worden war.

Nach dem Bericht ist das Unglück so abgelaufen:

25. April, 01.00 Uhr (Ortszeit): Das Bedienungspersonal beginnt damit, den Reaktor Nummer vier herunterzufahren.

25. April, 02.00 Uhr: Das Notkühlsystem wird außer Betrieb gesetzt, obwohl der Reaktor noch nicht völlig abgeschaltet ist.

26. April, 01.03 Uhr und 01.07 Uhr: Zu den sechs laufenden Pumpen des normalen Kühlsystems werden zwei weitere hinzugeschaltet.

26. April, 01.22 Uhr: Das Bedie-

nungspersonal bemerkt, daß im Kern eine Reaktion abläuft, die eigentlich die sofortige Abschaltung des Reaktors notwendig machen müßte: Der Versuch mit der Turbine läuft aber aus verschiedenen Gründen weiter.

26. April, 01.23 Uhr: Da der Reaktor plötzlich mehr Energie abgibt und die Notabschaltung nicht funktioniert, versucht das Personal den Atomreaktor mit Hilfe von Regelstäben lahmzulegen. Beim Hinablassen der Stäbe hören die Techniker plötzlich einen lauten Knall, danach sind die Regelstäbe blockiert.

26. April, 01.24 Uhr: Es ereignen sich zwei Explosionen, ein riesiger Feuerball schießt aus dem Reaktorgebäude. Funkflug setzt einen Maschinenraum in Brand.

Sechs grobe Verstöße

In dem Bericht werden folgende sechs grobe Verstöße aufgelistet, die zu dem Unglück geführt haben:

- Zum Zeitpunkt des Unglücks waren nur sechs bis acht Regelstäbe betriebsbereit, obwohl zur Bewältigung einer solchen Panne mindestens 30 notwendig gewesen wären;

- das automatische Kontrollsystem, das das Energieniveau des Reaktors regelt, war außer Betrieb. Dadurch erzeugte der Reaktor mehr Energie, was wiederum zu einer Destabilisierung des Kerns führte;

- durch das Hinzuschalten zweier zusätzlicher Umwälzpumpen bildeten sich im Kühlsystem Luftblasen, wodurch der Fluß der Kühlflüssigkeit behindert wurde;

- die automatische Abschaltvorrichtung war vor Beginn des Experimentes außer Betrieb gesetzt worden;

- um ein ungewolltes Einschalten des Notkühlsystems während des Turbinenexperiments zu verhindern, wurde das System außer Betrieb gesetzt;

- ein Sensorsystem, das Wasser- und Dampfdruck prüft, war abgeschaltet worden, um den ungehinderten Verlauf des Experiments nicht zu stören.

Ein japanischer Atomexperte, Professor Shunsuke Kondo von der Universität Tokio, nannte die sechs Verstöße gegen die Sicherheitsbestimmungen „eine unglaubliche Nachlässigkeit“. Das ganze sei nicht mehr nur menschliches Versagen, sondern ein Versagen des gesamten Systems.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Zukunft deutscher Kohle

„Unsere teure Kohle“ WELT vom 20. Juli

Joachim Gellhoff sieht in der Kohleförderung an Ruhr und Saar nur noch ein „sozial- und strukturalistisches Problem“. Versorgungssicherheit aus heimischen Quellen hat hier nach kein Gewicht mehr. Nach den Ölpreisen von 1973/74 und 1979/80 überrascht eine solche Feststellung. Sie ist umso weniger verständlich, als alle Experten spätestens für die 90er Jahre eine erneute Enge des Ölmarktes erwarten - mit der Gefahr von Verknappung und erneuten Preissprünge.

Es ist richtig, daß gegenwärtig der Mittelbedarf der Kohle wieder steigt. Aber nicht etwa, weil „unsere teure Kohle“ teurer geworden ist. Sie hat seit Anfang 1984 stabile Preise. Es sind allein die gegenwärtigen Überkapazitäten des Weltenergie-marktes mit Preisrückfällen weltweit sowie der niedrigen Dollarkurse, die den aktuellen Anstieg der öffentlichen Hilfen bewirken. Aber diese Mittel fließen nicht dem deutschen Bergbau zu, sondern kommen den Verbrauchern in Form niedrigerer Kohlepreise zu gute. Joachim Gellhoff meint, daß dies die volkswirtschaftlich zumutbare Belastungsgrenze übersteigt. Hat er dabei auch abgesehen, daß 1986 allein die Örschmung der Bundesrepublik um etwa 40 Milliarden Mark niedriger ausfallen wird? Hat er

die gegenzurechnenden Milliardenbeträge bedacht, die in den langen Jahren hoher Öl- und Erdgaspreise den Verbrauchern dank des Einsatzes deutscher Steinkohle „erspart“ blieben? Und ist ihm die Bedeutung des heimischen Bergbaus als Wirtschaftsfaktor bewußt, der jährlich über zehn Milliarden Mark an Aufträgen in die übrige Wirtschaft vergibt und dazu Steuern, Sozialabgaben und Löhne ebenfalls in Milliardenhöhe aufbringt?

Dr. Gerhard Ott, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus, Essen

Dr. Gerhard Ott, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus, Essen

Kein Rambo

„Die schlaue und laute realistische Apokalypse“ WELT vom 24. Juli

Soweit es meinen Roman „Nach dem Ende“ betrifft, muß einiges richtiggestellt werden. Falsch ist, daß sich mein Roman in „Apokalypsen und Selbstverwirklichungspsychosen“ austobt. Meine beiden „Helden“ leben in der ständigen Hoffnung einer Veränderung der bestehenden Verhältnisse, die im übrigen nicht so sehr diejenigen einer „Post-apokalypse“ weis sind, sondern eine Allegorie auf die heutige Welt, in der sich Politik und Wirtschaft vor nichts mehr fürchten als vor Veränderungen. Allerdings lehnt die „Heldin“ meines Romans ab, sich an neuerlichen Machtkämpfen zu beteiligen, und tritt für eine Form der Veränderung ein, die beim Menschen selbst beginnen soll.

Wenn Thomas Leblanc sich vom SF-Roman „Sternenkriege“ („Das grenzenlose Abenteuer im Weltall“) Rambo-Abenteuer erhofft, so muß ihm mein Buch enttäuschen.

Friedrich Scholz, Berlin 19

Doppelstrategie

„Wir befinden uns im Angesicht in ein neues echtes Notstand“ WELT vom 24. Juli

Der „Notstand“, von dem Theodor Eschenburg spricht, offenbart die Unfähigkeit unseres Staates zu handeln. Die Ursachen liegen nicht nur in der Bonner Geschwätzigkeit. Sie liegen auch nicht allein in der FDP oder dem in der CDU nicht unbekannten Opportunismus. Die Ursache ist in dem politischen Realitätsverlust zu suchen. Wer kennt schon die leninistisch-sozialistische Doppelstrategie im Rahmen der friedlichen Koexistenz, die Leonid Breschnew in dem klassischen Satz ausdrückte: „Die Entspannung in der politischen und die Kooperation in der ökonomischen Sphäre schließt die Intensivierung des ideologischen Kampfes nicht nur nicht aus, sondern setzt sie voraus.“ Die Beziehungen zum Westen sind nach sowjetischer Auffassung eine Sache; unterhalb dieser Ebene geht der „revolutionäre Weltprozeß“ gleichzeitig in voller Wucht weiter.

Professor Klaus Hornung, Reutlingen

Halb voll, halb leer

„Es ist nicht ausgeschlossen, daß es es schaff“ WELT vom 12. August

Es ist das alte Lied, wie beim Glas Wasser und der Frage, ob es halb voll oder halb leer ist: Björn Engholm hat im Gespräch mit dem Schleswig-Holstein-Korrespondenten der WELT davon gewarnt, Johannes Rau steine in den Weg zu legen und gesagt, bis zum Erreichen der absoluten Mehrheit sei es ein schwerer Weg, der aber zu schaffen sei. In dieser Aussage sieht die WELT-Redaktion nun, interpretierend, „kaum unterdrückte Skepsis“. Björn Engholm setzt dagegen: „Ich bin voller Zuversicht, daß Johannes Rau es schafft.“

Klaus Nilius, Pressesprecher SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

218: Kein Mord

„Bürger Stief bei Grünen gegen Abtreibungsgegner“ WELT vom 7. August

Als eine der Feministinnen mit „rigorosem Diskussionsstil“ und eine Fast-Footerin, unter denen Heinrich Rautenhaus laut zu leiden hat, möchte ich auch zu Ihrer Paragraph-218-Meldung beitragen.

Heinrich Rautenhaus ist ein engagierter Gegner und Diffamierer unserer Frauenpolitik, die wir Frauen der Grünen Frauengruppe Marburg in den vergangenen Jahren im Kreisverband gemacht haben. Möglicherweise kann er nicht akzeptieren, daß eine Mehrheit des Kreisverbandes die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des Paragraphen 218 StGB verabschiedet hat und ebenso die Einrichtung des Familienplanungszentrums der Pro Familia Gießen unterstützt. Dieses Zentrum ist im übrigen keine Abtreibungsklinik, wie es von den Gegnern und Gegnern versucht wird in der Öffentlichkeit in verhetzender Weise darzustellen. Heinrich Rautenhaus ist aber auch nicht in der Lage, engagierte Diskussionen, in denen wir Frauen uns nicht in die Mörderrinnen-Ecke stellen lassen, von Föller zu scheiden.

Rita Werkmeister, Marburg

Wort des Tages

„Das Idealisieren ist ein ungeheures Herausstreifen der Hauptzüge“

Friedrich Nietzsche, deutscher Philosoph (1844-1900)

Auf etwas abheben

„Pankraz, die Quellen und der neue Gellhoff“ WELT vom 11. August

Sehr geehrte Damen und Herren, ich weiß nur, daß man Kanäle und Geld abheben kann. Auch Flugzeuge heben von der Startbahn ab. Aber „abheben auf etwas“, zum Beispiel auf Faktenlage und Ethos, wie es Pankraz getan hat, ist nicht nur unschön, sondern schlechtes Neudeutsch.

Mit freundlichen Grüßen Willi Weckbacher, 4600 Dortmund 1

Ein Verwalter?

„Angli-Strick: Kohl schmeißt an Verantwortung“ WELT vom 8. August

Sehr geehrte Redaktion, in der Äußerung des Herrn Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl sehe ich den Beweis, daß er nicht regiert, sondern eher verwaltet.

Christoph A. Weidlich, Berlin 36

218: Mord

„Bürger Stief bei Grünen gegen Abtreibungsgegner“ WELT vom 7. August

Heinrich Rautenhaus (Gründungsmitglied der Grünen im Kreis Marburg-Biedenkopf und Initiator des Briefes an den hessischen Sozialminister Claus (SPD), die „Abtreibungsklinik“ in Gießen nicht mit staatlichen Zuschüssen zu betreiben) verdient Anerkennung. Die Begründung der Abtreibungsgegner aus den Reihen der Marburger Grünen läßt außer Acht: „Abtreibung... bedeutet vielmehr die Tötung eines in allen seinen Anlagen fertigen menschlichen Wesens.“ Von dieser Wendung können sich etliche Politiker eine Scheibe abschneiden.

Mit freundlichen Grüßen Bruno Lamm, Bielefeld 14

Die „Stufenfolge“

„Professur für Feminismus“ WELT vom 5. August

Frau Meyer-Wilmes-Müller hat ihre Promotionsarbeit noch nicht fertig und schon muß sie sich an eine „tausendjährige Glaubensüberlieferung“ zu korrigieren.

„Wenn wir den Frauen nicht das Predigen gestatten, wie möchte ihnen jemand unnatürlichweise priesterlichen Dienst gestatten? Denn aus den Frauen Priesterinnen zu nehmen, ist ein Irrtum heidnischer Gottlosigkeit.“

Der Herr kannte als Schöpfer der Natur und Begründer der Ordnung die natürliche Stufenfolge und das, was schließlich ist.

Mit freundlichen Grüßen Paul Schröder, Hattlingen 16

Personen

VERNISSAGE

In der Beethoven-Geburtsstadt Bonn soll wieder einmal der „Mythos Beethoven“ beschworen werden. Eine große Ausstellung öffnet am 4. September in der Beethovenhalle seine Pforten. Veranstalter sind der Verein Beethovenhaus Bonn und der Arbeitskreis selbständiger Kultur-Institute Bonn. Gezeigt werden Dokumente, Bilder, Plakate, Denkmalsentwürfe. Zur Eröffnung der Ausstellung werden der Staatssekretär im Innenministerium Franz Kropfenstedt, der Vorsitzende des Vereins Beethovenhaus, Bankier Hermann Josef Abs, Bonns Kulturdezernent Hans-Joachim von Uslar und Professor Dr. Günther Pfing, Vorsitzender des Arbeitskreises selbständiger Kultur-Institute sprechen. Anlocken soll das Publikum das Musikkorps des Grenzsicherungskommandos Mitte aus Kassel, das vor der Beethovenhalle Beethoven-Märsche spielen wird.

VERANSTALTUNGEN

In dem sonst eher trinkfreudigen Königswinter, das zur Sommerzeit vor allem auch wegen des Weines zum Touristenort wird, gab es in einem Haus am Rande der Stadt, in der Hauptstraße 330, der Residenz von Palastins Hofbesitzer Abdul Wahed. Den Regeln des strengen Fundamentalismus folgend hielten Gäste und Gäste der Null-Für-Mille-Grenze. Bei der Gartenparty anlässlich des Nationalfeiertags Pakistans, der an die Teilung des Subkontinents und an die Selbstständigkeit von 1947 erinnert, tauchte Bonn politische Prominenz nicht auf: Es herrschte in Bonn auch politisch ein kühles Sommerpausen. Das Auswärtige Amt schickte den neuen stellvertretenden Leiter des Südostasiens Referats, Herrn Adt, Interessanter Gast war Frau Professor Annemarie Schabert. Die Bonner Professorin und Islam-Kundin, Hochschullehrerin in Harvard, gehört in der ganzen Welt zu den bekanntesten Islam-Experten. Sie selbst beherrscht 16 Sprachen, darunter Arabisch, Persisch, Türkisch.

Die Bonner Parlamentsarbeit nach der Sommerpause beginnt mit einem Sommerfest in Bonn. Gastgeber ist Parlamentspräsident Philipp Jenninger. Am 8. September lädt er Parlamentarier und ehemalige sowie Diplomaten zum Bundeshaus-Gartenfest ein. Am gleichen Tag wird Jenninger die Schlüssel für den neuen Plenarsaal im ehemaligen Wasserwerk am Rhein entgegennehmen. Hier tagt bis zum Neuaufbau des alten Plenarsaals.

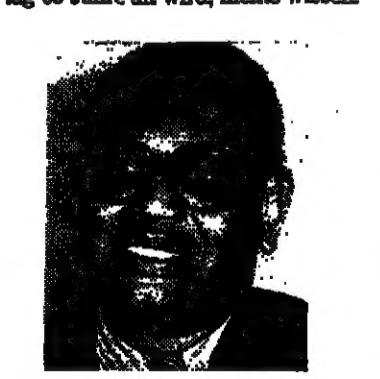
Der Herr kannte als Schöpfer der Natur und Begründer der Ordnung die natürliche Stufenfolge und das, was schließlich ist.

EHRUNG

Professor Dr. Peter Thurn, Direktor der Radiologischen Klinik der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn ist mit der „Albers-Schönberg“-Medaille ausgezeichnet worden, die er in Anerkennung seiner Verdienste um die Röntgenologie für klinische Radiologie und Nuklearmedizin erhielt.

GEBURTSTAG

Von Ruhstand im Sinne des Wortes will Philipp Potter, der am Dienstag 65 Jahre alt wird, nichts wissen.



Philipp Potter

Fast zwei Jahre nach seinem Ausscheiden als Generalsekretär des Weltkirchenrats in Genf ist der Kirchenmann weiterhin für die Sache der Ökumene aktiv, wenn auch heute mit weniger Verantwortung und offiziellen Belastungen. Nach der Ablösung durch den uruguayischen Pfarrer Emilio Castro und kurzer Übergangszeit in Genf ist Potter in sein karibisches Heimatgebiet zurückgekehrt, wo er als Dozent für Theologie an der Universität von Kingston, der Hauptstadt Jamaikas, lehrt. Zwölf Jahre stand Potter an der Spitze des Weltkirchenrats, an die er am 18. August 1972 vom Zentralkomitee des Rats einstimmig gewählt worden war. Potters Sonderfonds für das Antirassismus-Programm und Aktionen für die sogenannte Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt waren umstritten.

UNIVERSITÄT

Der wissenschaftliche Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Mathematik in Bonn, Dr. Ulrich Pinkall, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Mathematik an der Technischen Universität Berlin erhalten.

Professor Dr. Gerhard Endreß vom Seminar für Orientalistik und

Indologie der Ruhruniversität Bochum, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Arabistik und Islamwissenschaften an der renommierten Yale-University (New Haven/USA) erhalten.

BUCHPREMIERE

Postminister Christian Schwarz-Schilling hat offensichtlich vor, den nächsten Wahlkampf mit Witz zu gestalten: Ein Büchlein, das auch im Untertitel mit „Witz und Pöf“ für ihn wirbt, Titel: „Ein Mann sieht gelb“, läßt eine solche Schlussfolgerung zu. Walter Masek schrieb über den Minister und über die Deutsche Bundespost. Der Verlag Decker/Müller Heidelberg brachte das Büchlein jetzt auf den Tisch der Bonner Journalisten. „Ob rot, ob schwarz, nach einem halben Jahr waren sie alle gelb“, hat es einmal über die Bonner Postminister geheißen. Dieses Etikett hängt sich der studierte Sinologe Schwarz-Schilling auch gerne um. Und da mit gelb, „postgelb“ gemeint ist, der Minister auch bereit, gegenüber dem Autor die Katze aus dem Sack zu lassen: Auf einer Karikatur, das Telefon und sein Kunde als Esel dargestellt, gibt er zu, daß das Telefon und seine Kunden immer noch seine besten „Dukatenesel“ sind.

GESTORBEN

Der amerikanische Schriftsteller Stanley Ellin, angesehener Autor zahlreicher makaberer und skurriler Kriminalromane, ist in New York im Alter von 89 Jahren gestorben. Der einstige Lehrer und Stahlarbeiter stieg 1945 erfolgreich mit „The Specialty of the House“ (Spezialität des Hauses) in die Literatur ein. Er wurde bald mit Roald Dahl, bald mit Alfred Hitchcock oder Edgar Allan Poe verglichen. Zu den bekanntesten Werken des vierfachen Preisträgers des begehrten Edgar-Allan-Poe-Preises gehören „Stronghold“ (Der Zweck heiligt die Mittel), „The Luxembourg Run“ (König in 8. Haus), „The Eighth Circle“ (Im Kreis der Hölle) und „The House of Cards“, der 1968 mit Orson Welles verfilmt wurde.

الأمير



Mannheim - Dortmund	(0:0)
Frankfurt - Düsseldorf	(3:1)
München - Köln	(3:1)
Darmstadt - HSV	(2:0)
Heidenheim - Stuttgart	(1:4)
W. Berlin - M'gladbach	(-:-)

Ergebnisse der letzten Saison in Klammern.

halb der Mannschaft gerecht zu werden. Er rennt und kämpft, aber er kann die Mannschaft nicht zusammenhalten, wie es ein Sören Lerby (28) konnte. Zu oft weiß auch er nicht freier, dann spielt er nur den Ball zum nächststehenden Kollegen. Er selbst sieht es auch so, daß die Rolle des Spielgestalters noch eine Nummer zu groß für ihn ist: „Ich muß nun mal die Rolle von Sören Lerby spielen. Aber das wird schon noch. Wenn Andreas Brehme sich bei uns noch besser eingespielt hat, wird es auch für mich leichter.“

Das Ende des Spiels erlebte der Nationalspieler nicht mehr auf dem

Wien - Gladbach - HSV	(2:1)
3. Spieltag, Freitag, 22. 8. 18.30 Uhr:	
Domburg - Schalke	(--)
Freitag, 22. 8. 20.00 Uhr:	
Frankfurt - Nürnberg	(1:1)
Bremen - K'lautern	(2:0)
Samstag, 23. 8. 15.30 Uhr:	
Mannheim - Dortmund	(0:0)
Everkusen - Düsseldorf	(3:1)
München - Köln	(3:1)
Bochum - HSV	(2:0)
Verdingen - Stuttgart	(1:4)
SW Berlin - M'gladbach	(--)
Ergebnisse der letzten Saison in Klammern.	

Bohum ein Kandidat für den Abstieg? Experten hatten der Mannschaft einen Balanceakt zwischen Hoffen und Bangen vorausgesagt. Aber nach zwei Spielen hat der Klub 3:1 Punkte – und ist oben. Kein Wunder, wenn er von den Gegnern gestützt wird, wie es das Foto zeigt. Nürnbergs Andersen hebt mit einem Arm locker Lothar Woelk in die Höhe.

Das Ende des Spiels erlebte der Nationalspieler nicht mehr auf dem

GALOPP

Köln steigerte die Wettsätze um 32,6 Prozent

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln
Die Wettsätze auf den großen deutschen Galopprennenbahnen zeigen derzeit zumindest auf einigen Bahnen bemerkenswert ansteigende Tendenzen. Den Vogel schießt dabei die Kölner Bahn in Weidenpesch ab. Der Durchschnittssatz pro Rennen stieg im Vergleich zum Vorjahr um fast 32,6 Prozent auf 111 512 Mark. Diese Steigerungsquote dürfte kaum zu halten sein, dennoch ist festzuhalten, dass Köln den anderen Bahnen, vor allem in Nordrhein-Westfalen, mehr und mehr davongaloppiert. Besonders Düsseldorf hat in den letzten Jahren den Anschluss fast völlig verloren. In Köln finden sich immer mehr Sponsoren für große Rennen ein. Das in Gelsenkirchen-Horst fast völlig abgewirtschaftete klassische Henckels-Rennen erstarrte als Mehl-Milch-Rennen in neuer Blüte, mit dem Feinpapier-Hersteller Zanders aus Bergisch-Gladbach fand sich ein Sponsor für das Union-Rennen und in den Preis von Europa stieg die Sportartikel-Firma Puma erstmals schon 1985 ein.

Positive Zahlen werden auch beim kleinen Verein in Neuss registriert (plus 22,6 Prozent). Die Organisatoren in Bad Harzburg feierten nach ihrer Rennwoche, die sich immer mehr zu einer ernstzunehmenden Veranstaltung mausert, ein Umsatzplus von 11,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Hier ist aber auf Sicht wohl noch eine weitere Steigerung möglich.

Die neue Turt-Macht am Main, der Renn-Klub von Frankfurt, kann mit einem Umsatzplus von 6,6 Prozent aufwarten. Gute Bilanzen sind auch in Baden-Baden (7,4 Prozent) und Hannover (7,3 Prozent) zu verzeichnen, im Vergleich zum Vorjahr waren dagegen die Wettsätze in Hamburg (minus 7,3 Prozent), München-Riem (8,4 Prozent) und Bremen (5,0 Prozent) rückläufig.

Bundesweit erhöhte sich der Durchschnittssatz pro Rennen um 3,1 Prozent, insgesamt sind auf den 14 größeren Bahnen bis zum 31. Juli 1986 95 Millionen Mark umgesetzt worden. Auf den sieben Bahnen von Nordrhein-Westfalen gingen die Umsätze an den Totoschaltern insgesamt um zwei Millionen Mark zurück.

Das Rennen um den Aral-Pokal war bei Redaktionsschluss noch nicht beendet.

RUDERN / Südafrika bleibt im Weltverband

Eine Stimme Mehrheit für Werbung im Boot

DIETER HENNIG, Nottingham
Am Abend zuvor wollte selbst Claus Heß keine Prognose wagen: „Auch mancher westliche Verband kann sich politischen Einflüssen zu Hause schwer entziehen“, meinte der Würzburger Vizepräsident des Internationalen Ruderverbandes (FISA). Doch als am Samstag nachmittag im „Albany-Hotel“ von Nottingham das Abstimmungsergebnis verkündet wurde, war sich Heß, der auch Vizepräsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK) ist, wieder sicher: „Politik hat bei uns keinen Platz.“

Mit 69:28 Stimmen wiesen die Delegierten des internationalen Ruderverbandes den Antrag der UdSSR auf Ausschluss Südafrikas zurück, das damit weiterhin seinen Platz in der FISA behält – einer der letzten olympischen Föderationen, in der die Südafrikaner noch Mitglied sind, auch wenn sie seit Jahren keine Aktivitäten mehr zu Titelkämpfen melden.

Den sowjetischen Vorschlag am Vorabend des Auftakts der Weltmeisterschaften hatten in der Debatte die „DDR“, die CSSR und Jugoslawien unterstützt. Australien, Kanada und Großbritannien sprachen sich vehement dagegen aus. Die englischen Gastgeber beantragten eine geheime Abstimmung. Am Ende fand sich der Ostblock mit wenigen Verbündeten klar im Absicht. Da die großen Verbände über jeweils drei Stimmen verfügen, steht fest, dass der gesamte Rest der führenden Ruder-Nationen gegen den Ausschluss votierte.

Der Antrag der UdSSR, mit der „Apartheid im Sport“ begründet, wurde im Plenum zum Bumerang, jeder in diesem Saal ist hundertprozentig gegen jede Form von Diskriminierung, stellte Thomas Keller klar, seit nahezu 30 Jahren Präsident der FISA. Aber, so der Schweizer, „es gibt in unserer Welt eine Menge Diskriminierungen. Wenn wir jeden Verband ausschließen wollten, in dessen Land so etwas geschieht, würde das auf unsere baktische Selbstauflösung hinauslaufen.“

Zum Schluss nahm Südafrikas Ruderpräsident das Wort. Kurt Hipper, 1956 in Melbourne im Doppel-Zweier mit Thomas Schneider Olympiasieger für Deutschland, seit 20 Jahren am Kap beheimatet, appellierte

„an die FISA-Familie, uns bei unserem Weg aus der Isolation zu helfen und uns nicht allein zu lassen.“

Südafrikas Ruder-Verband, so Hipper, habe bereits 1979 die Apartheid öffentlich verurteilt, damals noch in Konfrontation zur Regierung. Der Verband habe als einer der ersten Sportorganisationen den gemischtrassischen Schulsport eingeführt, unterstützt seit Jahren die Ruderer in den umliegenden schwarzkafrikanischen Staaten. Sei dies eine Basis für einen Ausschluss?

Die breite Mehrheit der 45 vertretenen Verbände teilte seine Ansicht. Für Kurt Hipper freilich bestand auch danach kein Anlass zum Jubel: „Wir hätten in diesem Jahr einen Achter zur Weltmeisterschaft schicken können, der mit Sicherheit ins Finale gekommen wäre.“

Auch für die FISA-Führung wurde es kein Freudentag. Völlig überraschend fand sich eine Ein-Stimmen-Mehrheit zur Einführung von Trikotwerbung bei Weltmeisterschaften ab 1987. Thomas Keller und Claus Heß, Vorreiter gegen die Professionalisierung im Amateursport, saßen wie vom Donner gerührt. Angesichts der Südafrikafrage hatten sie die Brisanz dieses zweiten Themas völlig unterschätzt.

Heß: „Da haben einige aus falsch verstandenem Mitleid mit befreundeten Verbänden gestimmt, ohne die Sache zu begreifen.“ Den Ausschlag mit der 51. Ja-Stimme gab schließlich Panama, für sein erstmaliges Erscheinen zu Beginn der Versammlung vom Präsidium noch freudig begrüßt.

Der Deutsche Ruder-Verband sprach sich gegen die „WM-Werbung am Mann“ aus, die bislang nur bei internationalen Regatten erlaubt ist. Doch zahlreiche Verbände, vor allem aus Übersee, sind auf Sponsoren angewiesen, und im Gegensatz zu anderen Sportarten erweisen sich im Rudern nur Weltmeisterschaften für Werbepartner als attraktiv. Thomas Keller: „Die Entscheidung ist kurzfristig. Wenn ich das gesagt hätte, hätte ich mich stärker engagiert. Der Punkt muß im nächsten Jahr wieder auf die Tagesordnung.“

Die Wettkämpfe der Weltmeisterschaft haben gestern mit den Vorläufen der Frauen und der Leichtgewichtsrunderer begonnen.

HOCKEY / WM

Deutsches Team wieder schön, aber erfolglos

sid/dpa, Amstelveen
Deutschlands Hockey-Damen haben in diesem Jahr das Toreschießen verlernt, und dies unter einem Bundestrainer, der in seiner glanzvollen Karriere weit über hundert Mal getroffen hat. „Es ist zum Weinen“, sagte der 38 Jahre alte Mönchengladbacher Wolfgang Ströter nach dem 0:0 gegen Argentinien am zweiten Spieltag der 6. Weltmeisterschaft in Amstelveen. „Die Mädchen haben gut gespielt, aber zum Spiel gehören auch Tore. Ich kann den Ball doch nicht auch noch selbst reinschießen.“

Nachdem man sich 24 Stunden zuvor von Irland mit demselben Ergebnis getrennt hatte, ist der zweimalige Weltmeister und Mittvort nunmehr 140 Minuten ohne zählbaren Erfolg. Die größte Chance zum ersten Torerlebnis hatte in der 50. Minute die Kölnerin Gaby Schley. Nach einem der vielen schönen Flankenläufe der Berlinerin Patricia Ott überwand sie zwar die argentinische Torhüterin Maura Muhlall, doch die Schiedsrichterin erkannte auf Abseits.

„Laßt die Köpfe nicht hängen, wir sind immerhin weiter ungeschlagen“, versuchte Damenwartin Ulrike Diehl dem Spiel gegen den Angstgegner und Silbermedaillengewinner von 1974 und 1976 noch das Beste abzugewinnen. Doch die bereits bei den elf Vorbereitungsspielen mit nur zwei Siegen und neun Treffern offenkundig gewordene Abschwäche lastet auf der Mannschaft. Keiner findet eine Erklärung. „Haltungslos für spielerische Leistung“, so Ströter, „gibt es nun mal im Eishockey und nicht im Hockey.“

Zu den Leistungsträgern im deutschen Team zählten Christine Moser (Berlin) in ihrem 136. Länderspiel sowie die Leverkusenerin Susi Schmid. Ein Ausfall war wie schon gegen Irland Rekord-Nationalspielerin Gabi Appel (Hamburg), der einfach nichts gelungen war.

In einem Anflug von Galgenhumor zeichnete Bundestrainer Ströter den weiteren Weg seiner Mannschaft so: „Wir kommen mit 5:5 Punkten und 0:0 Toren ins Halbfinale und werden dann, nach zwei weiteren 0:0 mit Siebenmeter-Schießen Weltmeister.“

Das nächste Spiel tragen die deutschen Damen heute gegen Neuseeland um 19.00 Uhr aus.

André Gides „Pastoral-Symphonie“ von Jean Delannoy verfilmt

Wem der Pastor das Mädchen gönnt

André Gide war kein „Cinéma“ in unserem Sinne. Für ihn war der Film – und er ging sehr oft, mit angeregtem Neugier ins Kino – eine neue, experimentelle Ausdrucksform, willkommene Unterhaltung, aber er sah in ihm noch nicht eine dem Theater und der Literatur gleichberechtigte Kunstform.

Der spätere Filmregisseur Marc Allégret war Anfang der zwanziger Jahre sein Sekretär und blieb ein lebenslanger treuer Freund. Während Gides Expedition nach Afrika drehte er 1926 „Voyage au Congo“ und 1950 einen Porträtfilm über Gide.

1946 trat Jean Delannoy mit dem Projekt der Verfilmung von „La Symphonie Pastorale“ an Gide heran. Nach anfänglicher Skepsis, die seinem Frühwerk aus dem Jahre 1919, begeistert sieht Gide derart dafür, daß er, im Detail weit abweichend von der Vorlage, ein eigenes Drehbuch für den Film zu schreiben

begann. Der Regisseur nahm davon aber Abstand. Seine Vorstellung von der Rolle des Pfarrers im Film war eine andere, als Gide sie hatte – Delannoy Film zeigt die ARD unter dem Titel „Und es ward Licht“.

Die „Pastoral-Symphonie“ war, bereits 1893 begonnen, Gides letztes Werk, das sich mit religiösen Fragen beschäftigt. Nach seiner Auseinandersetzung mit dem Katholizismus

Und es ward Licht – ARD, 25 Uhr

und dem Bruch mit Claude erschien ihm diese Darstellung des Puritanismus seines protestantischen Elternhauses nötig. Im Mittelpunkt steht Gertrud, ein blindes Mädchen, das von dem Pfarrer, der es aufzieht, nach einem Konzert von Beethovens Pastoral-Symphonie wissen will, ob das, was man sehe, ebenso schön sei wie die Musik, die es soeben gehört hat. Als das Mädchen nach einer Opera-

tion sehend wird, erkennt es die Sündhaftigkeit der Welt.

Der Pfarrer indes, der seinen Sohn und Gertrud, die sich lieben, auseinander zu bringen versucht, ist „blind“ geworden in seiner egoistischen Liebe zu dem Mädchen, er täuscht sich in seinen eigenen Gefühlen. Die Wiederdarstellung des Augenlichts wird auch für ihn zum Sündenfall, zur Erkenntnis von Gut und Böse. Die moralische Spannung in dem Vorwurf Gides wird im Film jedoch zu einem stillen Mordanschlag.

Die Selbsterkenntnis des Pfarrers wird nicht glaubhaft, weil Delannoy im Grunde keinen direkten Bezug zu Fragen des Glaubens hat. Was von dem Film zurückbleibt, ist der Klang von Larmoyanz, aber auch von unaussprechlichen Bildern und die starke Präsenz der unvergleichlichen Mächtige Morgan. Schon ihr Weges sollte man den Film sehen.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

KRITIK

Notieren: China sonntags um 10

Die gelbe Gefahr ist verbläßt, die Ideologie Maos in sich zerfallen. Die Faszination an dem Land Jenseits der großen Mauer (ARD) ist geblieben. Der erste Teil der zwölfteiligen Serie ging über „Erinnerungen“ (so der Untertitel) hinaus: chinesische Landschaft, wie man sie seit Jahrhunderten von Tuschezeichnungen kennt, Geschichte (transparent gemacht durch Ausgrabungen und Originalfilme) und Kulturhistorie – über die Begriffe Ming-Vase und Tang-Dynastie hinaus. Ein Raster mit wenigen Punkten, das ein Gesamtbild erkennen läßt.

Der Film kehrt immer wieder, während er konzentrische Kreise durch die Geschichte zog, an das Zentrum von Zhong Guo, dem „Land der Mitte“, zurück – an den Platz des himmlischen Friedens in Peking, in die verborgene Stadt. Ein faszinierender Einblick: der Text erläuterte die Verbundenheit, das Eins-Sein des Kaisers mit dem Himmel, die Kamera zeigte ein Satellitenfoto von Peking, das Bild überschritt sich mit einem Schwenk durch das Machtzentrum von einst und heute.

Autor Mischa Scorer räumte auf

mit Halbwahrheiten. Die Kaiser waren nicht nur die blutigen Eroberer, Unterdrücker und Bücherverbrenner, sondern auch die Kunstliebhaber. Mao war nicht nur der große Führer, der strahlende Revolutionär des Großen Marsches, er war auch ein Ideologe, der sich der Kaiserbrüchigkeit eines Volkes bediente, der sich rühmte, zigtausend Intellektuelle getötet zu haben und der mit Utopien wie Volkskommune und Kulturrevolution ein Volk in den Ruin trieb.

Eine Kultfigur wurde zurechtgestutzt: ein Kaiser Qing Shi Huangdi, der das Reich einte, oder ein Qiang Lung, der die Kultur zur Blüte trieb, war Mao nicht. Der wilde Drache konnte China zum Zittern bringen, aber die Chinesen bogen sich nur „wie Gras im Wind“ (so die zweite Folge).

Wer die Erstausstrahlung in Nord III nicht sehen konnte, darf sich für die nächsten Sonntag-Vormittage (um 10 Uhr) auf ausgesuchte schöne Bilder und einen intelligenten Begleittext freuen. Der Autor ist Mitarbeiter einer privaten englischen Produktionsfirma, von der der NDR die Serie gekauft hat. **ARMIN RECK**

Hörer-Wünsche in Ost und West

Wenn Genosse Hans-Dieter oder Genossin Gisela morgens einen „DDR“-Sender anstellen (üblicherweise wählen sie die westlichen SFB, Rias oder NDR), dann wünschen sie „Aha-Erlebnisse“, Sachausagen und immer wieder eine Morgenmusik, die zum Mitsingen oder Mitpfeifen anregt – also keine Politik und statt Ideologie den Wetterbericht. Diese Erkenntnis kam dem (Ost-)Berliner Rundfunk-Chefredakteur Jonny Marhold (SED), nachzulesen in der Funk-Illustrierten „FF-dabei“.

Seine Überlegungen beweisen ein identisches Hörer-Verhalten in Ost und West. Marhold: „Die meisten Hörer übertreiben das Morgenprogramm, die sehr persönlich und sehr schön ist.“ Die Staatsmedien mühten sich demnach vor dem Verlesen von Leitartikeln hüten, denn: „Beiträge, deren Länge dem Nebenher-Hören in den Frühstunden abträglich ist, entsprechen keiner allgemeinen Erwartungshaltung.“

Statt dessen fordert der Chefredakteur: „Die Morgenmusik, die als sogenannte Ohrwurm bereits beliebt ist, oder, wenn neu im Angebot, muß besonders eingängig, melodisch und in jedem Fall und von stimulierender Beschwingtheit sein.“ **hrk**



Fit sein ist Butterleicht

Durch Essen allein wird niemand fit. Aber richtige, ausgewogene Ernährung und Bewegung kann viel dazu beitragen.

Der Butter kann man in dieser Hinsicht immer vertrauen. Hier sind die Gründe:

1. Butter ist leicht bekömmlich und hat in etwa die gleichen Kalorien wie pflanzliches Streichfett.
2. Butter steigert mit ihren vielen wertvollen Inhaltsstoffen Leistung und Vitalität.
3. Butter versorgt uns rasch mit Energie, ist leicht verdaulich und schmeckt unvergleichlich.
4. Butter ist wie die Milch, aus der sie gewonnen wird, aufgrund ihrer biologischen Zusammensetzung ein wertvolles und naturnahes Lebensmittel. Wer sich gesund und auf leichte Art fit halten möchte, kann auf Butter nicht verzichten.

NATÜRLICH BUTTER!

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Rottebeller Ufersee Reiserecht, Jugendherbergen	11.50 Freitags Abend 22.25 Weltpolitik
10.00 Tagesschau	12.55 Prosechos
10.05 Rendezvous mit dem Alten Fritz	13.00 Tagesschau
14.50 Kinostunde 15.05 Unsere kleine Farm Der Zweikampf (Wiederholung)	15.00 heute 15.05 Lesens neue Freunde Jenseits der großen Brücke
15.50 Tagesschau	15.30 Ferienkalender
16.00 Zoogeschichten Paviane werden bei den Menschen schon einquartiert.	16.05 Tips für Aktive Mit Tieren leben: Hunde (2) Wenn's passiert ist
16.15 Zu Lande, zu Wasser, in der Luft Spielshow	16.30 Hilfe, wir werden erwachsen Lampenfieber
17.15 Eine Handvoll Gold 8. Gerechtigkeit	17.00 heute / Aus den Ländern 17.15 Tele-illustrierte 17.30 Agenda mit Herz
17.45 Tagesschau	19.00 heute
17.55 Regionalprogramm	19.30 Die Stunde des Léon Bisquet Psycho-Krimi nach G. Simenon Mit Klaus Schwarzkopf, Beatrice Kessler, Günter Mock, Louise Mar- tini. Regie: Lutz Büscher Der 50jährige Léon Bisquet fühlt sich strafversetzt. Sein Leben lang wurde er als minderwertig be- schimpft. In einer Nacht trifft Léon einen Feind. Am nächsten Mor- gen wird der Neger tot aufgefunden.
20.00 Tagesschau	20.55 Schwimm-WM Aufzeichnung aus Madrid
20.15 Schokopflöwen (1) Neue fünfteilige Fernsehserie Lukas Schmitz ist der Held der Schoml-Familie. Am liebsten ver- bringt er seine Zeit auf der Renn- bahn oder in Nachtclubs. Dann bietet sich die Gelegenheit einen Nachmittag zu genießen.	21.45 heute-journal
21.15 USA – die neuen Einwanderer Reportage von Claus Richter Die USA erleben die größte Ein- wanderungswelle seit der Jahrhun- dertwende. Die Neuen kommen aus der Dritten Welt. 50 000 Legalen stehen vier bis fünf Millionen ille- gale Einwanderungen jährlich ge- genüber.	22.10 Friedrich II. von Preußen Die große und die kleine Welt Film von David H. Wittenberg
22.00 Freitags Abend Letzte Folge	22.25 The Dream is over Ballade von Christopher Bruce Nach Songs von John Lennon Regie: Thomas Grimm
22.30 Tagesschau	23.35 Die stillen Sten Nobelpreisträger privat: Gérard Debreu (1983, Wirtschaftswissen- schaften)
23.00 Und es ward Licht Französischer Spielfilm (1946) nach André Gide Mit Michèle Morgan. Regie: Jean Delannoy	0.45 Tagesschau
0.50 Nachgedanken	0.55 heute

SAT 1

15.00 Is war einmal Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Leslie
16.00 Musikbox
17.00 Komisch! Enterprise Metamorphose Anschl.: Die Krake
18.00 Cowboys, Sheriff, Banditen Anschl.: Klein Lulu
18.30 APF-blick
18.45 Der Chef Besuch nach Dienstschieß Anschl.: Videothek
19.05 Heirats- und die kleine Englische Filmkomödie (1956) Mit Glynis Johns, Roscoe Brozzi, R. Morley. Regie: Ken Annakin Fitterwachen in Monte Carlo sind nicht ungefährlich – vor allem, wenn man sein Hotelzimmer nicht beziehen kann. Schloß des ne- benan liegenden Spielkasinos einen Ausweg?
Anschl.: Glückswürfel
21.30 APF-blick
22.15 Wdr – Wirtschaftsmagazin
22.45 Judo-Extra
23.00 Matt Houston Anschl.: APF-blick

III.

WEST	Von nun an passieren merkwürdi- ge Dinge
18.30 Seemannstraße	23.40 Nachrichten
19.00 Aktuelle Stunde	HESSEN
20.00 Tagesschau	18.30 Seemannstraße
20.15 Unterstrich	18.32 Fame
20.45 Wer Oma nicht kennt, hat die Zeit verpasst Gäste am Autobahnkiosk	19.30 Hessenschau
21.30 Er weckt sie – sie weckt ihn	Ab 20 Uhr wie NORD
22.00 Tote Tauben in der Beethoven- straße	SÜDWEST
23.40 Nachrichten	18.00 Dognar Deutscher Spielfilm (1985)
NORD	18.30 Schwarzes Theater
18.00 Seemannstraße	18.34 Fei
18.30 Schach-WM '86	18.55 Schlagzeilen
19.00 Kleine Fama? – Keine Paoli! Fehlertuche	19.00 Abendchau/Blick ins Land
19.15 Met macht erfinden Hildegard Hamm-Brücher und Heinz Werner Hübner	19.30 Song-Festival '86
20.00 Tagesschau	20.00 Tagesschau
20.15 Das Montagsmagazin Dauerwahlkampf im Parlament? Untersuchungsausschüsse	20.15 Sonde
21.00 Kinder, wie die Zeit vergeht Hildegard Hamm-Brücher und Heinz Werner Hübner	21.00 9 aktuell/Neues von News
21.30 Das internationale TV-Kochbuch	21.15 Na, denn Prost...
22.10 Helmut als ein Freund Amerikanischer Spielfilm (1944) Mit Kim Hunter, Robert Mitchum Millie hat Paul Baxter in einem kleinen Restaurant kennengelernt und bald geheiratet. An seinem Hochzeitstag muß Paul verraten.	21.45 Josephs Tochter
	23.10 Costa Brasil '74
	23.35 Nachrichten
	BAYERN
	19.00 Live aus dem Alabarna
	20.00 Zeit genug Spielerie
	20.45 Leben im Wassertropfen
	21.30 Rundschau
	21.45 Rückpunkt Sport
	22.45 Z. E. K.
	22.50 Magazin
	23.35 Rundschau

3SAT

18.00 Mini-ZB
18.15 Wechseln Neubürger in unseren Wäldern
19.00 heute
19.30 SAT-Studio
19.35 Ach Du bist's, Mike Von und mit Mike Krüger
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit in Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Die vier Säulen der Kette Elder Amerikanischer Spielfilm (1965) Mit J. Wayne, D. Martin, M. Ander- son Jr. Regie: H. Hathaway
23.45 Nachrichten

RTL

18.15 Augenclip
18.35 Fernsehclub
18.55 7 vor 7
19.25 Karlsen
19.50 Der Teil der Pappeln Hoffnung für Jacqueline
19.55 Mini-Max
20.30 Spiel
20.35 Filmverschen
20.50 Terror italienischer Spielfilm (1978) Mit R. Hoffman, M. Deion Regie: Roy Garrett
22.05 Spiel
22.10 Poppye
22.15 Wie geht's?
22.45 Gesundheit: Midlife Crisis Gesundheitsrat für John Drake Ein glückliches Paar
23.00 Wetter/Wochenplan/Wettspiel

Pankraz, der Prototyp und die Platzhirsche

Rudolf Uhlentaut, der langjährige, heute pensionierte Entwicklungschef von Daimler-Benz, macht in der Jubiläumsschrift „Motor Klassik“ eine interessante Mitteilung: Die Prototypen von Gustav Röhr, die dieser in den dreißiger Jahren für das Stuttgarter Werk gebaut hatte, seien sofort nach seinem tragischen Tod auf ausdrückliche Anordnung von Direktor Sailer bis auf die letzte Schraube verschrottet worden.

Dazu muß man wissen: Gustav Röhr war ein genialer junger Konstrukteur, der auf Frontantrieb schwor. Nach dem Scheitern seiner eigenen Firma war er von den Stuttgarter engagiert worden und entwickelte nun für Mercedes eine Reihe Frontantriebler, Autos von - für Mercedes-Verhältnisse - schreiben Originalität, die heute von den Technik-Museen oder von privaten Sammlern mit Gold aufgewogen würden.

Es fällt schwer, in der Sofort-Aktion von Sailer keinen persönlichen Reuehauch zu sehen. Sailer, ein „altes Möbel“ in der Firma, ein Targa-Fiorio-Rennfahrer und Pionier der unrationellen Kompressor-Technik, war offenbar von Anfang an gegen Röhr gewesen, hatte sich aber nicht durchsetzen können. Nun, nach dem Tod des Ungehebers, stürzte er sich wie ein Löwe, der seinen Haufen zurückerobert, auf dessen „Kinder“ und vernichtete sie, ohne seine Mitstreiter erst um Erlaubnis zu fragen. Nie wieder sollte es solche „Fremdkörper“ wie die Röhrs im Firmenprogramm geben.

In der nächsten, angeblich einzig und allein auf Effizienz gerichteten Atmosphäre eines Entwicklungsbüros nimmt sich die Sailer-Vernehmungswut einigermaßen merkwürdig aus, scheint sie doch eher in ein antikes Drama zu passen. Aber der ausgreifende, geradezu alttestamentarische Haß auf Prototypen mit fremdem Stallgeruch ist gar nicht so selten in der Industrie, speziell in der Autoindustrie. Pankraz kennt andere, kaum weniger dramatische Beispiele.

Als Ernst Hagemeier, der tüchtige Generaldirektor der Frankfurter Adler-Werke, die vor dem Krieg sehr schöne Autos bauten, 1948 verbittert aus alliierter Internierung zurückkehrte, standen auf dem Werkhof bereits einige bildhübsche, von aus dem Osten zugezogenen Ingenieuren konstruierte Prototypen, die beste Chancen für einen Neuanfang versprachen. Hagemeier ließ die Autos nicht nur unverzüglich verschrotten, sondern warf die Konstrukteure auch noch auf die Straße, untersagte den weiteren Autobau bei Adler - und leitete damit das bekannte Siedetum der einst so berühmten Firma ein.

Noch wilder war es 1928 bei Opel zugegangen. Kurz bevor das Werk damals von General Motors übernommen wurde, hatte Fritz von Opel den prachtvollen „Regent“ geschaffen, einen samtweichen, luxuriösen Achtzylinder, der auch bereits an 25 Liebhaber ausgegeben worden war. Der neue amerikanische Direktor, Edward W. Zdunek, in Detroit seinerseits an der Konstruktion des dem Regent vergleichbaren Cadillac beteiligt, ordnete stante pede und voller Eifer die Verschrottung der großen Opels an. Sämtliche bereits verkaufte Karosserien wurden für horren-

de Summen zurückgekauft und verfielen dem Schneidbrenner.

Und der Schneidbrenner beendete 1951 schließlich auch den Personenwagenbau bei Hanomag. Werksingenieur Müller-Andernach hatte mit großer Sorgfalt und unter Anknüpfung an beste Hanomag-Konstruktion als ersten Nachkriegswagen den „Partner“ konstruiert. Das Wägelchen war auf der Frankfurter IAA ausgestellt und beifällig begrüßt worden. Da kam Direktor Carl Pollich aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück, sah den Straßenfloh, und sein Daumen ging nach unten.

Auch bei Hanomag waren schon einige zwanzig „Partner“ verkauft gewesen, auch hier wurden sie unter großen Mühen zurückgekauft, bloß um der totalen Vernichtung anheimzufallen. Pollich soll sogar die zugehörigen Prospekte, Werbeanleitungen und Werbefotos eingezogen und persönlich den Flammen seines Kamins übergeben haben. So etwas kann man schon nicht mehr mit simplen Eifersüchten erklären. Ein viel elementarerer, kaum gebändigter Urtrieb war offenbar am Werke, ein ganz und gar altertümliches Platzhirsch-Syndrom, das quer zu jeder instrumentellen Vernunft steht und nicht einmal - siehe den Fall Hagemeier - vor selbstzerstörerischen Konsequenzen zurückschreckt.

Dennoch liebt Pankraz solche rauen Industriegeschichten, bezeugen sie doch, daß die gesellschaftlichen Produktionskräfte keine „objektiven“, im Selbstlauf vor sich hinklappenden Windmühlen sind, sondern durchaus machtvoll von individueller Hingabe und Leidenschaft geprägt werden. Gerade das angeblich so stromlinienförmige Innenleben von Daimler-Benz hat immer wieder interessante Belege dafür geliefert, die jetzt zutage gekommene Sailer/Röhr-Story ist ja nur eine von vielen.

Da gibt es zum Beispiel noch die Story vom Daimlersohn Paul, der sich mit den „Leitenden Herren“ tief verknüpfte, zur „Horch“-Konkurrenz nach Zwickau geht und dort einen Achtzylinder konstruiert, der die Stuttgarter bis zum Weltkrieg die Führung beim Verkauf von Luxusfahrzeugen kostete. Und da gibt es die Story vom eifernen Konsul Jellinek, der die Namen seiner Töchter Mercedes und Maja unbedingt zu Automarken machen möchte. Bei Mercedes gelingt es bekanntlich, bei Maja spielen wiederum die „Leitenden Herren“ nicht mit, worauf der Konsul sich beleidigt nach Wien verzieht, ein eigenes Auto „Maja“ herausbringt und mit ihm geradewegs in den Bankrott fährt.

Geschichten, die das moderne Leben schrieb - und hoffentlich weiterhin schreiben wird. Denn soviel scheint festzustehen: Solange die eigensinnigen Tüftler und genialen Außenseiter, die eifernen Konsuln und verletzlichen Platzhirsche im industriellen Prozeß mitspielen, wird es keinen langweiligen Selbstlauf geben. Auch wenn dabei einige schöne Prototypen unter dem Schneidbrenner kommen.

Pankraz

K. Pendereckis neue Oper „Die schwarze Maske“ nach Gerhart Hauptmann in Salzburg uraufgeführt

Die Lust, der Tod, die Besessenheit

Bei der Lektüre von Gerhart Hauptmanns 1923 niedergeschriebenem Einakter „Die schwarze Maske“ kann man sich doch sehr verwundern: Wieso liegt ein derart gut gebautes, spannendes Stück seit seiner Uraufführung an der Wiener Burg brach? Dieser Totentanz um Pest und sexuelle Hörigkeit, um Glaubenskrieg und grafted Reichtum hat ja weiß Gott faszinierende Aspekte genug bis auf den heutigen Tag.

Die andere Frage löst sich bald: nämlich was denn den polnischen Komponisten Krzysztof Penderecki wohl bewogen haben könnte, gerade dieses vergessene Stück zum Inhalt seiner neuen, dritten Oper zu machen, die jetzt mit deutlichem Publikumsbeifall im Salzburger kleinen Festspielhaus uraufgeführt wurde.

Das Stück spielt 1662, also einige Jahre nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges, im schlesischen Städtchen Bolkenhain. Die Verwüstungen sind noch allenthalben spürbar, der Religionsfriede mehr eine Absichtserklärung, als daß er praktiziert wird. Aber das Haus des Bürgermeisters Schuller macht da eine seltsame Ausnahme.

Hier finden Menschen der verschiedensten Glaubensrichtungen um einen Tisch herum zusammen. Der junge Fürst, neu im Lande und ein Verwandter der Fugger, ist ebenso geladen wie die Reformierten Graf und Gräfin Hüttenwächter mit ihrem reformierten Pastor und dessen genialischem Onkel Hadank. Als erster freilich findet sich der jüdische Kaufmann Löwel Perl im Hause Schullers ein, der gerade aus den Niederlanden zurückgekehrt ist.

Schullers Beziehungen zu Holland sind besonders eng: Seine Frau Benigna, eine Niederländerin, war die blutige Witwe des Kaufmanns von Geldern und brachte dessen unermeßlichen Reichtum, wohl zum Großteil aus dem Sklavenhandel stammend, mit in die Ehe. Weiter gehören zum Schullerschen Hausstand das Mulattenmädchen Arabella, die von dem Musiker Hadank verheiratete italienische Hausdame Benigna, Rosa, sowie die schöne Magd Daga.

Zwischen den Lamenten über das garstige Winterwetter und die Schlechtigkeit der Welt scheint Alltägliches verhandelt zu werden: Geschäfte, auch eine Schenkung Schullers an den Fürstbischof, ausgerichtet am Stück Land, das der Graf für sich reklamiert. Dazu der Klatsch und Tratsch von besseren Leuten. Bis auf einmal, während des Essens, das das Bericht von einem Schwarzmaasliert, der sich über die Gartenmauer geschwungen habe, alle Nerven ins



Die schwarze Maske hat Frau Benigna eingeheilt: Josephine Barstow in der Hauptrolle der neuen Penderecki-Oper in Salzburg. FOTO: RABANUS

Vibrieren bringt. Nun erfahren wir, daß Arabella Frau Benignas Tochter ist, dem Mulatten Johnson geboren, dem sie sexuell hörig war, der sie einstens von Geldern verknüpfte, den er dann mordete, um über die Frau, die er seitdem über Löwel Perl erpreßt, an van Gelderns Reichtum zu kommen. Wir erfahren, daß Schullers Ehe unerfüllt ist, Benigna dem Gatten die Magd Daga beigegeben hat. Der Verdacht wird laut, daß der Fürst die Schenkung im Schlafzimmer der Bürgermeisterin verdient hat. Wir hören, daß der Diener Potter seinerzeit Johnson den Weg zum Mord gewiesen hat, daß Perl abermals Forderungen des Mörders überbringt.

Und tatsächlich, die schwarze Maske, die sich über die Gartenmauer geschwungen hat, ist kein Produkt des schlesischen Karnevals, der gerade gefeiert wird, sondern Johnson selbst, der jetzt seine Opfer einholt. Da sind also wieder die alten Penderecki-Ingredienzien von Religion und

Besessenheit, von Lust und Tod, von Barock und Hysterie.

Ein tolles Stück fürwahr, das immer phantastischer den Rhythmus des Totentanzes schlägt, erst recht, als die Kunde durchdringt, daß die schwarze Pest wieder ausgebrochen ist. Am Schluß steht der Tod Frau Benignas; in der Operfassung, die Penderecki gemeinsam mit seinem Regisseur Harry Kupfer besorgt hat, auch der Selbstmord Schullers. Die Kraft des Sogs, den der Strudel der Ereignisse nun nach sich zieht, gebiert ein einziges großes Crescendo über dem Metrum des Totentanzes.

Diesen Rhythmus skandiert Penderecki hundert Minuten lang präzise. Das dreißigste, durch eine Variation seiner selbst auf acht Töne erweiterte Motiv, setzt an den Schattenseiten des Dramas zuverläßig ein. Ohnedies ist Hauptmanns Stück schon voll von Musik, die Penderecki nur herauszuhören braucht: Choral, bei denen sich Haaller zittern läßt, oder Tanzmusik, bei der Penderecki

den barocken schlesischen Lautenisten Esaias Reusner erklingen läßt.

Die eigentliche Komposition Pendereckis schließt sich stilistisch an das „Polnische Requiem“ von 1984 an, ist aber in der Diktion noch härter und schärfer geworden. Die Phase der ausdrucksvollen Neoromantik mit ihren üppigen Melodien scheint für Penderecki der Vergangenheit anzugehören. Eine freie, dem Stück folgende, an keine Dogmen und Ismen gebundene Musik erklingt, die in ihren besten Momenten von höchster Spannung und faszinierendem Effekt ist, auch brillant orchestriert für ein großes Orchester mit reichhaltigem Schlagzeug (Dirigent: Woldemar Nelsson).

Zwei Dinge freilich stimmen mit dieser Musik nicht. Die Schreibweise ist so, daß der Text fast total unverständlich wird, wogegen wohl auch eine bessere Textarbeit der Sänger (die in Salzburg recht schlapplig schienen) kaum ankommt. Und zweitens kommen die leisen, hintergründigen, spukhaften und phantastischen Elemente des Stoffes in der Musik zu wenig zur Sprache. Die Musik tobt, auch wo sie nur zu flüstern braucht.

Auch dieser Totentanz der schwarzen Maske müßte schließlich etwas Heiliges haben. Hauptmanns auf den schlesischen Mystiker Jakob Böhme zurückgehende und später in seinem Timoreto-Essay programmatisch ausformulierte Idee der göttlichen Einheit von Gut und Böse, von Licht und Dunkel, wird hier schon deutlich genug thematisiert. Mit einem musikalischen heftigen Memento mori ist dazu längst nicht alles gesagt.

Zumal sich auch Harry Kupfers Regie (in einem mit Spiegel und schwarz-weiß-grau gemalten Prospekt doch so genau treffendem Bühnenbild von Hans Schavernoch) vor allem an die expressive Gebärde hält, die Leute ständig rennen und sich winden läßt, was nur den Eindruck von Fahrigkeit bis zur Zappeligkeit hinterläßt. Man möchte sich die Ausführung des Werkes ganz anders vorstellen: stilisiert, ja choreographiert.

Josephine Barstow fällt mit der Benigna die zentrale Szene des Werks zu, ohne daß sie stimmlich für dieses exorbitante Solo prädestiniert wäre, wiewohl Kupfer überhaupt die Sänger wieder einmal mehr nach schauspielerischer Einsatzbereitschaft ausgesucht hat als nach Singkunst, durch die hier lediglich Mariana Lipovsek als Rosa Sacchi, Heinz Zednik als Hadank und Günter Reich als Löwel Perl auffallen.

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Bildzeugnisse über das Leben Jesu

DW. München
Über den größten Teil des Alten Schlosses Schleißheim erstreckt sich ein jüngst eingerichteter Trakt des Bayerischen Nationalmuseums, 2000 Quadratmeter Ausstellungsfläche umfaßt „Das Evangelium in den Wohnungen der Völker“. Die ökumenische Sammlung, die sich als Forschungsausstellung „Das Gottesjahr und seine Feste“ an die Öffentlichkeit, 250 Vitrinen mit rund 10 000 Exponaten zeigen Bildzeugnisse zu Stationen aus dem Leben Jesu.

Berlin in Geschichte und Gegenwart

DW. London
Berlin hat 750. Geburtstag, und die großen Städte der Welt feiern mit. Eine Sammlung von „Berlin Cityscape“ ist zur Zeit im Londoner Goethe-Institut zu sehen. Die geschichtliche, kulturelle und soziale Entwicklung Berlins kann an diesen großformatigen zeitgenössischen Werken verfolgt werden. Einen Schwerpunkt bildet das Gegenwartsleben der Metropole - alle 23 beteiligten Künstler leben in Berlin. (Bis 13. September, danach Paris, Los Angeles und 1987 Berlin; Katalog 2,50)

Die „Leoparden“ des Filmfests von Locarno

AFP. Locarno
„40 Quadratmeter Deutschland“, der Film des in Hamburg lebenden türkischen Jungregisseurs Tervik Baser, ist mit dem „Silbernen Leopard“ des 39. Filmfestivals von Locarno ausgezeichnet worden. Seit das Erdlingswerk Basers über die Entwurzelung seiner Landsleute in der Bundesrepublik in Cannes erstmals gezeigt worden war, forderten es zahlreiche Festivals in Europa und Übersee an. Der „Goldene Leopard“ wurde „Jezero Bodenskie“ (Bodensee) des 38-jährigen Polen Janusz Zatorski zugesprochen. Protagonist ist ein Pole, der im Krieg am Bodensee interniert war und Jahre später an den einstigen Ort seiner Gefangenschaft zurückkehrt. Den bronzernen Leoparden teilen sich der britische Wettbewerbsbeitrag „Lamb“ von Colin Gregg und der sowjetische Film „Mein Freund Iwan Lapschin“.

Kasper und Faust beim Marionettentheater

DW. Ascona
Die Ferraris und die Monticellis, zwei italienische Schauspielerfamilien, stellen die Urkuren von Kasper und Guignol vor. Johann Faust hängt an den Fäden der Loosli-Marionettentruppe aus Zürich, und der Argentinier Nelson Blanco läßt die Puppen Tango tanzen: 14 Vorstellungen umfaßt das Marionettentheater, das vom 17. bis 21. September in Ascona stattfindet.

Frühe Fotografie aus der Bodensee-Region

DW. Konstanz
Wander- und Atelierfotografen entdecken bereits im vergangenen Jahrhundert vielfältige Motive rund um den Bodensee. Die Resultate dieser Daguerreotypie sind jetzt in einer Konstanzer Ausstellung genauso zu sehen wie die Entwicklung der Kameras im Laufe der Jahrzehnte. Das optische Gedächtnis einer Region“ von 1840 bis 1914 dokumentiert diese Ausstellung im Stadtmuseum, die nach Konstanz nach in St. Gallen gezeigt wird. (Bis 28. September; 236seitiger Katalog für 30 Mark)

Einnahmen der US-Kinos sind gesunken

AFP. New York
Die amerikanischen Lichtspielhäuser haben im ersten Halbjahr 1986 mit Einnahmen von insgesamt 1,79 Milliarden Dollar den tiefsten Stand seit vier Jahren erreicht. Die Besucher gingen im Vergleich zum ersten Halbjahr 1985 um 6,5 Prozent auf 488 Millionen zurück. Ein Trost ist für die Branche immerhin der Monat Juli, der mit Einnahmen von 525 Millionen Dollar ein Rekordergebnis brachte. Zugewandte waren „Alien“, „The Karate Kid II.“ und „Top Gun“.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Mit der schillernden Gestalt Pier Paolo Pasolinis, der längst zur Kultfigur geworden ist, dessen Biographie teilweise zum Krimi stilisiert wurde, befaßt sich Otto Schweitzers kritische Bildmonographie, die weitgehend auf Selbstzeugnissen des Schriftstellers und Filmregisseurs fußt, der vor zehn Jahren unter mysteriösen Umständen in den „Borgate“ von Rom ermordet worden ist. Ein Bändchen, das nicht zuletzt überrascht mit vielen bislang unveröffentlichten Fotos von Pasolini in seinem privaten und beruflichen Umfeld. blu „Pasolini“. Rororo Bildmonographie 354, 155 S., 9,80 Mark

Mailand: Kantors „Elementarschule des Theaters“

Zurück zu den Urkräften

Vor dem fähigen Bischof und seinem vertretlichen Meddiner, heiteren Ausgeburten des italienischen Antiklerikalismus, vor den Slapstick-Situationen dieser „Hochzeit“ kann man sich so richtig vorstellen, wie sich ihre Autoren-Darsteller amüsiert haben, als ihnen diese Szenen einfielen. Nur der Rahmen - ein Haufen Erde, in dem ein verrostetes Telefon steckt, grobe Holzstücke, wie auf der Abfallhalde zusammenge-sucht, ein großes Kreuz vor der Rampe, auf der die Braut in einer Mistkarre zur Trauung geschoben wird - trägt ein unverkennbares Markenzeichen: Tadeusz Kantor.

Der inzwischen 71-jährige polnische Maler und Regisseur, Gründer des Theaters „Cricot“ in Krakau, dessen internationaler Ruf mit der „Toten Klasse“ begann, hat einen Monat lang für Absolventen der Mailänder Theaterschule eine „Elementarschule des Theaters“ aufgemacht. Jetzt stellte er das Resultat vor, die von seinen Schülern erdachte „Hochzeit“.

Der ersten Fassung im Stil des russischen Konstruktivismus folgt die zweite im Zeichen des Surrealismus. Da steigt die Hochzeitgesellschaft, eine Rote makaber Gestalten voller Ticks, aus einem Sarg, und der inzwischen vergessene Bischof und sein Meddiner schauen mit dünnen Seengestirnen zu, wie das Brautpaar, vom Strick der Ehe erdrosselt, auf einem Schragen eingemauert wird.

Ein Stück ist das noch nicht, wohl aber eine Demonstration, wie gründlich junge, akademisch geschulte Schauspieler in ein paar Wochen umlernen können. Kantor, der ein Jahr lang an der Hamburger Kunsthochschule gelehrt hat und fließend

Deutsch spricht, hier aber nur mit der Hilfe seiner polnischen Dolmetscherin arbeiten konnte, hatte in der ersten Lesung gesagt: „Der immer größere Professionalismus droht das Theater zu ruinieren. Wir wollen darum versuchen, die Urmaterie, die Naturkraft des Theaters zu entdecken. Sollte uns das gelingen, werden wir die ganze zeitgenössische Kunst, ihre Ideen, Konflikte und ihre Problematik verstehen.“

Wie gut es Kantor gelungen ist, zeigte die Spielfreude seiner Schüler. Auch ihr Applaus für den Meister am Schluß und ihre Antworten auf die Frage, was seine Lehre für sie bedeutet haben, zeigten es. „Wir haben uns selbst, unser Körper, unser Unterbewußtsein kennengelernt. Nach drei Jahren konventioneller Schulung haben wir erst in diesen Wochen verstanden, was Theater sein kann.“

Kantors Kunst, seine kalte, von Symbolen und wie von Zombies bevölkerte Welt, ist nicht zu lehren. Sie gehört ihm und nährt sich aus Polens tragischer Geschichte. Aber für ihn, wie für Giorgio Strehler, der im Oktober seine „Internationale Theaterschule“ in Mailand eröffnet, ist die Bühne Paraphrase und Schule des Lebens. Beide suchen in jeder Inszenierung hinter dem Schein das Wesentliche.

Ihre Methoden sind jedoch grundverschieden. Strehler lehrt und demonstriert auch das letzte Detail. Kantor provoziert Emotionen, verlangt Phantasie und Kreativität und modelliert das Ergebnis, mal tobend, mal zärtlich beschwörend, zu Bildern, die man schwer vergessen kann. MONIKA von ZITZEWITZ

Holzfetische im Frankfurter Völkerkundemuseum

Auf der Spur des Hexers

Was sind Fetische? Etwas Negatives auf alle Fälle - so scheint es. Denn das Wort bezeichnet in unserem Sprachschatz seit langem Objekte der Mißbilligung: für die christlichen Missionare Götzen und Hilfsmittel des Götzendienstes, für die Freudianer Gegenstände sexueller Verirrungen, und die Spätmarxisten versuchen mit dem „Warenfetischismus“ ihren Unmut über den Reichtum freier Wirtschaftsformen in Worte zu fassen. Der eigentlichen Bedeutung des Fetischs werden diese Begriffsübertragungen allerdings nicht gerecht. Das verdeutlicht die Ausstellung „Was sind Fetische?“ im Frankfurter Museum für Völkerkunde.

Obwohl das Museum hier einen reichen Schatz von geschnitzten Holzfiguren und Masken aus dem westlichen Afrika ausbreitet, geht es nicht um Kunst. Mit Großfotos und ausführlichen Schrifttafeln wird vielmehr erläutert, was alles ein Fetisch sein oder als Fetisch dienen kann. Eine solche Ausstellung muß zwangsläufig didaktisch vorgehen. Sie darf auf ausführliche Erläuterungen nicht verzichten, denn die Sammlungsstücke sprechen nicht für sich selbst.

Das Hauptziel ist es, deutlich zu machen, daß der Fetischismus nicht eine primitive Form jener Religion ist, die die Hochreligionen weiter hinter sich gelassen haben, sondern, daß es sich dabei um eine religiöse Praxis - gelegentlich mit magischen Zügen - handelt, von der auch die Schriftreligionen in gewisser Weise, besonders im Bereich der sogenannten Volksfrömmigkeit, nicht frei sind.

Der Fetisch ist kein Ersatzgut. Er ist kein Gegenstand, der angeboten wird. Er verkörpert lediglich eine starke positive Kraft, die die gestörte Harmonie der Gruppe wiederherzustellen vermag. Zugleich vermitteln die Fetische zwischen den lebenden Generationen und den Ahnen, die nicht in eine andere Welt, ein Jenseits oder „ewige Jagdgründe“ versetzt wurden, sondern die unsichtbar gegenwärtig sind.

Es bedarf allerdings bestimmter Opfer und Zeremonien Eingeweihter, um die Kräfte des Fetischs zu aktivieren, zum Beispiel um Krankheiten zu heilen oder die Ursache böser Einflüsse zu erkennen. Damit unterscheidet er sich vom Talisman, der Glück bringen, oder vom Amulett, das seinen Träger vor Unglück schützen soll. Die Wirkung des Fetischs reicht weiter. Der Wahrsager oder Fetischpriester kann mit seiner Hilfe den

Ursprung negativer Erscheinungen auf Einzelne, die Sippe oder den Stamm herausfinden, einen Hexer erkennen, der Menschen oder Tiere verhext hat.

Diese allgemeine Funktion und Fähigkeit des Fetischs als eines positiven Vermittlers zur Welt der unsichtbaren Geister unterscheidet sich in den Einzelheiten allerdings von Stamm zu Stamm. Das spiegelt sich in der Vielfalt der Gegenstände, die als Fetisch dienen - Hörner von Tieren, Vogelkralen, bestimmte Steine, Lehmklumpen, geschnitzte Figuren, ein besonderer Topf usw. - wie in den Ritualen, die notwendig sind, damit der Fetisch seine Kraft entfalten kann. In den einzelnen Räumen der Ausstellung wird das veranschaulicht und im Katalog ausführlich erläutert. (Bis Ende des Jahres; Katalog 15 Mark, Kinderkatalog 5 Mark)

PETER DITTMAR



Nur Eingeweihte können seine Kräfte aktivieren: Spiegelbild des Bakongo, aus der Frankfurter Ausstellung. FOTO: KATALOG

Pierre Bertaux † Hölderlin war der Stern seines Lebens

Pierre Bertaux ist am Freitag an Herzembolie gestorben. Vor wenigen Wochen noch konnten wir ihn auf den deutsch-französischen Kulturtagen in Ingelheim erleben, leidenschaftlich diskutierend und voller Energie, romantisch, aber nicht idealistisch: Das war der Jüngling Pierre Bertaux, 79 Jahre alt.

Mit 19 Jahren kam er, der Sohn des Germanisten Felix Bertaux, ein Freund von Thomas und Heinrich Mann, die beide über ihn schrieben, 1926 nach Berlin. Der brillante Absolvent der Ecole Normale Supérieure wurde zum strahlenden Liebling der Berliner Salons, im Hause des Verlegers S. Fischer wie beim Kulturminister Becker. Bei Helene von Nostitz gewann er die Herzen von Jacob Wassermann, Harry Graf Kessler, Joseph Roth.

Von Hölderlin, dem sein wissenschaftliches Werk lebenslang galt, hatte er geschrieben, er habe sein Lebensprogramm mit siebzehn Jahren entworfen und sei nicht mehr davon abgewichen. So war es auch bei Bertaux, dem Abenteuer im Geiste, dem großen Freund Deutschlands.

Theodor White hatte in seinem Buch „Glut in der Asche“ über Bertaux geschrieben: „In seinem Leben spiegelt und bricht sich die ganze Geschichte Frankreichs.“ Aus dem Literaturprofessor in Toulouse, später Gefangener Pétaüns, wurde nach der Befreiung der Kommissar der Republik von Toulouse, Präfekt von Lyon



Germanist, Humanist, Urbanist: Pierre Bertaux (1907 bis 1986). FOTO: DPA

und Minister der französischen Polizei. Seine unorthodoxe Phantasie, mit der er die Probleme der „Sûreté Nationale“ zu lösen wußte, gefiel nicht allen, vor allem nicht den Kommunisten, die seine Ablösung erreichten. Sein letzter offizieller Posten war der des Senators im heutigen Mail.

Bertaux kam 1945 als einer der ersten Franzosen wieder nach Deutschland, sprach vor Studenten in Berlin über den Begriff der Toleranz. 1964 übernahm er den Lehrstuhl für Germanistik an der Sorbonne und gründete 1968 sein eigenes Institut in Asnières als Laboratorium für neue Formen des Sprachunterrichts. Bis zuletzt war er ein unermüdlicher Anrufer in der deutsch-französischen Zusammenarbeit, im Kampf gegen die Bürokratie. Die beunruhigenden Impulse, die von diesem Mann ausgingen, dieses Ferment in den geistigen Wechselbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern - wie wird sie uns fehlen! CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

